



Wortprotokoll der 81. Sitzung

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berlin, den 5. Mai 2021, 14:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.800

Vorsitz: Gyde Jensen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Tagesordnungspunkt

Seite 6

Öffentliche Anhörung zum Thema:
**14. Bericht der Bundesregierung über ihre
Menschenrechtspolitik (Berichtszeitraum
1. Oktober 2018 bis 30. September 2020) auf
BT-Drucksache 19/25000**



Geladene Sachverständige

Lina Al-Hathloul

Schwester der saudi-arabischen Frauenrechtsaktivistin Loujain Al-Hathloul

Dr. Dr. David Berger

Publizist

Dr. Julia Duchrow

Abteilungsleiterin Politik und Activism, Amnesty International Deutschland und Mitglied im Koordinationskreis des Forum Menschenrechte

Martin Lessenthin

Vorstands- und Pressesprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)

Dr. Jonas Pieper

Referent für übergreifende Fachfragen, Der Paritätische Gesamtverband

Dietmar Roller

Vorstandsvorsitzender der International Justice Mission Deutschland e.V. (IJM)

Neda Soltani

Referentin für gefährdete/geflüchtete Wissenschaftler/-innen an der Humboldt-Universität zu Berlin



Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum 14. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik (Berichtszeitraum 1. Oktober 2018 bis 30. September 2020) auf BT-Drucksache 19/25000

Lage der Menschenrechte und ihrer Verteidigerinnen und Verteidiger in autokratischen Staaten

1. Die COVID-19-Pandemie hat weltweit zu erheblichen Rückschritten bei der Sicherstellung grundlegender Menschenrechte geführt. Wie und mit welchen Mitteln nutzen autokratische Regime die Pandemiesituation für ihr Ziel, Menschenrechte nach innen sowie international einzuschränken und welchen Folgen hat dieses Vorgehen? Welche Staaten sind hier als negative Vorreiter zu nennen? Wie sollten westliche Demokratien dem begegnen, um eine Zurückdrängung der Menschenrechte aktiv zu verhindern? (CDU/CSU)
2. Der deutsche Außenminister ergreift immer wieder die Initiative und fordert Iran (aber auch andere autoritäre Regime) generell zur Beachtung der Menschenrechte und speziell zur Freilassung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern und anderen Regimekritikerinnen und -kritikern auf. Wie groß sind nach Ihrer Einschätzung die Möglichkeiten der Einflussnahme auf autoritäre Regime insgesamt und auf den Iran im speziellen und durch welche Maßnahmen kann die Einflussnahme verbessert werden? (SPD)
3. Wie bewerten Sie die Stimmung in Iran nach den brutalen Einsätzen iranischer Sicherheitskräfte und den jüngsten Todesurteilen gegen Teilnehmer/-innen an regimekritischen Demonstrationen und wie werden sich der Wechsel der US-Administration sowie die bevorstehende Wahl des iranischen Präsidenten auf die Situation der Menschenrechte im Iran und derer, die sie verteidigen, auswirken? (SPD)
4. Wo liegen die täglichen Herausforderungen von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, die in autokratischen Staaten für eine Verbesserung der dortigen Menschenrechtssituation kämpfen? Welche Praktiken bedienen sich autokratische Staaten weltweit, um den zivilgesellschaftlichen Raum sowohl offline als auch online zu kontrollieren und einzuengen? (FDP)
5. Inwiefern können Staaten wie Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft Menschenrechtsverteidiger/-innen weltweit stärker schützen und unterstützen, die in ihren eigenen Ländern verfolgt und bedroht werden? (FDP)

Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung

6. Mit der „Ware Mensch“ erzielt die organisierte Kriminalität inzwischen weltweit sogar höhere Profite als mit illegalem Drogen- und Waffenhandel. Die übergroße Mehrheit der Opfer werden in die sexuelle Ausbeutung gezwungen. Wo befinden sich die Brennpunkte weltweit und innerhalb Europas? Welche Schritte müssen auf europäischer Ebene



unternommen werden, um die Zwangsprostitution und die damit verbundenen schweren Menschenrechtsverletzungen gezielt zu bekämpfen? (CDU/CSU)

Situation in Deutschland: Coronakrise

7. Bitte erläutern Sie, welche politischen Maßnahmen von Seiten der Bundesregierung der aktuellen Armutsquote von 15,9 Prozent in Deutschland, welches der größte gemessene Armutswert seit der Wiedervereinigung mit über 13 Millionen Betroffenen ist, wirkmächtig und nachhaltig etwas entgegenhalten könnten und inwiefern es zutreffend ist, dass sich die Armutssituation durch die Corona-Krise verschärft hat und welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen könnte, um in der Krise Abhilfe zu schaffen? (DIE LINKE.)
8. Bitte erläutern Sie vor dem Hintergrund der Mietpreisspirale, die sich in Deutschland weiter nach oben dreht, schwerem Zugang zu Wohnraum und einer zusätzlichen Verschärfung dieser Situation durch die Corona-Krise, inwieweit es zu Verletzungen des Menschenrechts auf eine angemessene Unterkunft kommt, insbesondere in Hinblick auf besonders vulnerable Gruppen und welche politischen Maßnahmen durch die Bundesregierung erforderlich wären, um eine konsequente Inanspruchnahme dieses Menschenrechts zu ermöglichen? (DIE LINKE.)

Menschenrechtliches Engagement Deutschlands in der EU und der multilateralen Zusammenarbeit

9. Wie beurteilen Sie das menschenrechtliche Engagement der Bundesregierung in der multilateralen Zusammenarbeit beispielsweise in den Gremien des VN Menschenrechtsrats und des Sicherheitsrats grundsätzlich und im Speziellen in ihrem menschenrechtlichen Engagement im Kampf gegen die Corona-Pandemie, bei dem insbesondere vulnerable Gruppen in den Fokus rücken müssen, und wie bewerten Sie die Strategien der Bundesregierung gegen die Erosion menschenrechtlicher Standards und Angriffe auf völkerrechtliche Prinzipien in der multilateralen Zusammenarbeit vorzugehen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Wie beurteilen Sie die europäische und deutsche Flüchtlingspolitik mit Blick auf Menschenrechtsschutz entlang den EU-Außengrenzen, die diesbezügliche Zusammenarbeit mit nicht-EU Staaten und welche menschenrechtlichen Standards muss eine Neugestaltung der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik gewährleisten? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Altenkamp, Norbert Maria Brand (Fulda), Michael Brehm, Sebastian Heinrich (Chemnitz), Frank Patzelt, Martin Zimmer, Prof. Dr. Matthias	Brodesser, Dr. Carsten Damerow, Astrid Kuffer, Michael Leikert, Dr. Katja Motschmann, Elisabeth Schipanski, Tankred
SPD	Castellucci, Prof. Dr. Lars Özoğuz, Aydan Schwabe, Frank	Diaby, Dr. Karamba Heinrich, Gabriela
AfD	Braun, Jürgen Herdt, Waldemar	Friesen, Dr. Anton Frohnmaier, Markus
FDP	Heidt, Peter Jensen, Gyde	Gohl, Dr. Christopher Köhler, Dr. Lukas
DIE LINKE.	Brandt, Michel Nastic, Zaklin	Buchholz, Christine Jelpke, Ulla
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bause, Margarete Gehring, Kai	Amtsberg, Luise Polat, Filiz



Einzigiger Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema:

14. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik (Berichtszeitraum 1. Oktober 2018 bis 30. September 2020) auf BT-Drucksache 19/25000

Die **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlich willkommen zu unserer heutigen öffentlichen Anhörung anlässlich des 14. Berichtes der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik im Berichtszeitraum 1. Oktober 2018 bis 30. September 2020. Erlauben Sie mir ein paar organisatorische Hinweise zu Beginn. Die öffentliche Anhörung findet auch in diesem Fall mit Corona-Beschränkungen statt und deswegen sitzen hier im Ausschusssaal nur wenige Kolleginnen und Kollegen und nur einige Sachverständige. Aber wir haben die Möglichkeit, die verbleibenden Sachverständigen und auch andere Kollegen hybrid zuzuschalten. Ich erinnere Sie immer gerne noch einmal daran, das Mikrofon ein- oder auszuschalten. Ich begrüße an dieser Stelle erst einmal die Hauptprotagonistinnen und -protagonisten der heutigen Anhörung, unsere Sachverständigen: Lina Al-Hathloul – ich ändere da immer kurz die Sprache, wir haben heute keine Verdolmetschung vom Englischen ins Deutsche und umgekehrt. Lina Al-Hathloul spricht hervorragend Englisch. Ich wende mich also an Sie auf Englisch wie auch alle anderen, die Ihnen eine Frage stellen möchten.* Wenn es also noch jemanden im Ausschusssaal oder in der Konferenz gibt, der Lina Al-Hathloul eine Frage auf Englisch stellen möchte, so können Sie das gerne tun. Lina Al-Hathloul ist die Schwester der Menschenrechtsaktivistin Loujain Al-Hathloul. Ein weiterer Sachverständiger hier bei uns in der Runde ist Dr. Dr. David Berger, Publizist. Dann haben wir Frau Dr. Julia Duchrow, die Abteilungsleiterin Politik und Activism von Amnesty International Deutschland und Mitglied im Koordinationsforum Menschenrechte, auch hier bei uns im Ausschusssaal. Zugeschaltet in der Konferenz und auch gerade wunderbar im Bild zu sehen ist Herr Martin Lessenthin, Vorstands- und Pressesprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, herzlich willkommen. Auch zugeschaltet in der Konferenz ist Dr. Jonas Pieper, Referent für

übergreifende Fachfragen beim Paritätischen Gesamtverband. Dann ist uns zugeschaltet Dietmar Roller, Vorstandsvorsitzender der International Justice Mission Deutschland. Herzlich willkommen auch Sie. Hier bei uns im Saal ist Neda Soltani, Referentin für gefährdete und geflüchtete Wissenschaftler/-innen an der Humboldt-Universität zu Berlin. Herzlich willkommen an Sie alle. Außerdem begrüße ich natürlich die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Zu uns gekommen ist wie immer auch Dr. Bärbel Kofler, die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe. Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie wieder dabei sind angesichts der doch sehr vielen Anhörungen, die wir in den letzten Wochen und Monaten durchgeführt haben und auch noch durchführen werden. Begrüßen möchte ich aus mitberatenden Ausschüssen die Kolleginnen, die sich angemeldet haben, die wir vielleicht aber in der Konferenz noch nicht sehen: Gisela Manderla von der Union, die ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss sowie im Verteidigungsausschuss ist, sowie Cornelia Möhring, die stellvertretende Vorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Auch recht herzlich begrüßen möchte ich die Öffentlichkeit, die die Möglichkeit hat, die Anhörung im Nachhinein zu verfolgen. Das bringt mich gleich zum nächsten Punkt, nämlich den Hinweis darauf, dass die Anhörung heute öffentlichen Charakter hat, aufgezeichnet wird und morgen ab 12 Uhr auf der Website des Deutschen Bundestages abgerufen werden kann. Wie üblich bei Anhörungen möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass Abgeordnete anderer Ausschüsse, also unter anderem die, die ich gerade genannt und begrüßt habe, hier heute wie wir als Mitglieder im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe Rede und Fragerecht haben, und Sie darauf hinweisen, dass ein Wortprotokoll angefertigt wird, das später auch auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht wird. Gegenteilige Haltungen zum Rede- und Fragerecht der Abgeordnetenkollegen habe ich nicht gesehen. Dann ist das hiermit so beschlossen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen den Ausschussmitgliedern und



auch den eingeladenen Ausschüssen vorab zugegangen sind. Insofern die Sachverständigen eingewilligt haben, werden die Stellungnahmen nach der Anhörung auch auf der Ausschussseite im Internet veröffentlicht werden. Zum Ablauf der Anhörung selbst: Einige kennen die Prinzipien und kleinen Leitlinien schon: Die Anhörung wird nach einem Verfahren ablaufen, auf das sich die Obleute im Oktober 2018 geeinigt haben und wonach die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge sprechen. Also würden wir zunächst Frau Al-Hathloul die Gelegenheit geben, ein Eingangsstatement von bis zu fünf Minuten zu halten. Ich würde Ihnen dann entsprechend einen Hinweis geben, wenn diese Zeit abgelaufen ist. Aber wie gesagt: Die Sachverständigen sind heute unsere heutigen Hauptprotagonistinnen und -protagonisten und deswegen erlauben Sie mir, dass wir da vielleicht manchmal auch einen Moment länger zuhören als bei den Fragen der Kolleginnen und Kollegen, weil wir genau von den Sachverständigen hören wollen. Danach folgen eine und hoffentlich auch noch eine zweite Fraktionsfragerunde, bei denen die Abgeordneten die Möglichkeit haben, bis zu zwei Minuten bis zu zwei Sachverständige zu befragen, die dann in vier Minuten antworten. Das sage ich alles noch einmal im Prozess an, so dass Sie gut mitkommen werden. Ansonsten frage ich, ob es von Ihrer Seite noch Fragen zum Vorgehen gibt. Wenn es keine Fragen gibt, dann freue ich mich sehr auf die öffentliche Anhörung und wir starten in die Eingangsstatements. Lina Al-Hathloul hat als erste für fünf Minuten das Wort. Ich werde Sie daran erinnern, wenn die fünf Minuten um sind.

Sve **Lina Al-Hathloul**: Vielen Dank. Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses, zunächst möchte ich mich bei den Abgeordneten bedanken, die sich der gemeinsamen Erklärung vom März 2021 zur Unterstützung der Menschenrechtsverteidiger in Saudi-Arabien angeschlossen haben. Es ist äußerst wichtig, dass wir alle erkennen, dass sich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien trotz der Reformversprechen der saudi-arabischen Regierung und ihrer Anstrengungen in den letzten zwei Jahren, den Westen von ihren Modernisierungsbemühungen zu überzeugen, erheblich verschlechtert hat, seitdem Mohammed Bin Salman 2017 Kronprinz wurde. Mohammed

Bin Salman (MBS) geht mit beispielloser Härte gegen die Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung vor. Kurz nach seiner Machtübernahme ordnete MBS die ersten Verhaftungswellen an, die sich zusammen gegen hunderte Menschenrechtsverteidiger, Frauenrechtsaktivisten, Journalisten, Akademiker, Rechtsanwälte, religiöse Führer, Geschäftsleute und sogar Mitglieder der Königsfamilie richtete – kurz, gegen jeden, der sich kritisch gegenüber der Führung zeigt oder schlicht versäumt, dem Regime gegenüber öffentlich seine Treue zu erklären. Außerdem hat er eine Kampagne gestartet, saudi-arabische Aktivisten in der Diaspora zu überwachen, einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Der von der CIA im Februar 2021 veröffentlichte offizielle Bericht bestätigte, was viele schon lange befürchtet hatten: Dass MBS den entsetzlichen Mord an Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul in Auftrag gegeben hatte. Gleichzeitig hat sich die saudi-arabische Regierung bemüht, ihr Image zu verbessern, indem sie den Freizeittourismus und prestigeträchtige Sportveranstaltungen fördert, um ausländische Investitionen ins Land zu holen, und insbesondere indem sie Reformen zur angeblichen Stärkung der Frauen ankündigt. Was den Anspruch der Führung auf echte Reformen zu den Menschenrechten am deutlichsten untergräbt, ist der Umgang mit genau den Männern und Frauen, die im Kampf für Menschenrechte in Saudi-Arabien in der ersten Reihe stehen. 2018 wurden zahlreiche Männer und Frauen rechtswidrig verhaftet, gefoltert und in den staatlichen Medien Saudi-Arabiens als Verräter und Spione dargestellt. MBS war direkt an der Diffamierungskampagne beteiligt und behielt dieses Narrativ auch gegenüber den westlichen Medien bei. Einige wurden zeitweilig freigelassen, noch während sie vor Gericht standen, andere, darunter Nassima Al-Sadah und Samar Badawi, sind nach wie vor in Haft. Im Februar dieses Jahres wurde Loujain Al-Hathloul von den saudischen Behörden bedingt entlassen, nachdem sie über tausend Tage im Gefängnis verbracht hatte. Loujain Al-Hathloul ist zwar nicht mehr inhaftiert, aber sie ist noch lange nicht frei, da ihr Urteil sie mit schweren Auflagen belegt, unter anderem drei Jahren Bewährung und eine fünfjährige Ausreiseperrre. 2020 starb Dr.



Abdullah Al-Hamid, Gründer der saudi-arabischen Organisation für bürgerliche und politische Rechte (Saudi Civil and Political Rights Association – ACPRA) im Gefängnis, da ihm die medizinische Behandlung verwehrt wurde. In diesem Jahr wurde Abdulrahman Al-Sadhan, ein humanitärer Helfer, aufgrund satirischer Tweets zu 20 Jahren Haft verurteilt, nachdem er drei Jahre lang zwangsweise von der Außenwelt abgeschnitten war. Mohammed Al-Rabea, ein Frauenrechtsaktivist, wurde zu sechs Jahren Haft verurteilt, nachdem er brutal gefoltert wurde, unter anderem, indem er mit dem Kopf nach unten aufgehängt und für lange Zeiträume in Isolationshaft gehalten wurde. Ich nenne Ihnen heute nur einige wenige Fälle, aber die Liste der Vergehen gegen diese mutigen Menschen ist lang. Das saudische Regime hat eine umfassende Atmosphäre der Angst im Land geschaffen. Willkürliche Festnahmen, gewaltsames Verschwindenlassen, rechtswidrige Ausreisesperren für Angehörige von Inhaftierten, jeder einzelne Bürger innerhalb des Landes ist ohne Stimme. Die Wahl von Joe Biden zum Präsidenten der Vereinigten Staaten und seine Zusicherung, das Verhältnis zwischen Washington und Riad neu zu bewerten, haben diesen Druck erhöht und zeigen bereits erste Auswirkungen. Daher ist es besonders wichtig, dass die internationale Gemeinschaft die Gunst der Stunde nutzt, um den Druck auf die saudi-arabische Führung, den gravierenden Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen, beizubehalten und zu verstärken – was mich zu meiner eigentlichen Bitte an Sie, die Sie sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, bringt. Deutschland ist einer der engsten Verbündeten Saudi-Arabiens. Wenn aber Ihr Verbündeter die wesentlichen Grundrechte nicht achtet und keine gemeinsamen Werte teilt, wie kann diese Beziehung von Dauer sein? Es ist daher entscheidend, Druck auf die saudische Führung auszuüben, die internationalen Menschenrechtsstandards einzuhalten, und strukturelle Menschenrechtsreformen als Voraussetzung für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien zu fordern. Da Saudi-Arabien die Stimme der Zivilgesellschaft innerhalb des Landes zum Verstummen gebracht hat, bitten wir Sie, unsere Stimme im Rahmen Ihrer Beziehungen mit der

saudischen Regierung zu Gehör zu bringen. Trotz der ernsthaften Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen haben sich Aktivisten und Regimekritiker zusammengeschlossen und organisiert, um politische Parteien zu gründen. Ich bitte Sie, Mitglieder der unabhängigen saudischen Zivilgesellschaft in Ihre Gesprächsrunden zu Saudi-Arabien einzubeziehen, darunter auch die neu gegründete politische Partei Naas, die National Assembly Party. Derweil und als Lackmustrtest für die ehrliche Absicht der saudi-arabischen Regierung, das Land zu reformieren, bitten wir Sie, die Regierung nachdrücklich aufzufordern, alle Menschenrechtsverteidiger und politischen Gefangenen, darunter Nassima Al-Sadah, Mohamed Al-Bajadi, Waleed Abulkhair, Samar Badawi, Abdulrahman Al-Sadhan, Mohammad Al-Rabea, Hassan Al-Malki, Salman Al-Odah, freizulassen und die Anklagen gegen sie fallen zu lassen und ihnen den friedlichen Menschenrechtsaktivismus ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen zu ermöglichen. Vielen Dank.*

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Der nächste Sachverständige, den wir auch für bis zu fünf Minuten hier aus dem Saal hören werden, ist Herr Dr. Dr. David Berger.

SV Dr. Dr. David Berger: Wenn man sich anhört, was meine Vorrednerin dargestellt hat, dann zeigt sich, dass der Einsatz für Menschenrechte wichtiger denn je ist und damit auch die Frage, wie wir diesen Einsatz intensivieren, wie wir diesen Einsatz stärker und glaubwürdiger machen können. Das erste, was wir im Fragenkatalog lesen, den wir zugestellt bekommen haben, ist, dass die Covid-Epidemie, ich zitiere jetzt hier, „weltweit zu erheblichen Rückschritten bei der Sicherstellung grundlegender Menschenrechte geführt hat“. Und dann schaut der Fragenkatalog zurecht auf die autoritären Regime weltweit und deren Einschränkung der Menschenrechte und fragt, wie westliche Demokratien dem begegnen können. Ich möchte diese Frage etwas erweitern und einen ungewöhnlichen Ansatz wählen: Wie können Sie das überhaupt glaubhaft [machen], wenn aufgrund mindestens teilweiser unverhältnismäßiger Maßnahmen bei uns, nicht



erst durch die Infektionsschutzgesetze, fundamentale Menschenrechte bzw. Grundrechte als Abwehrrechte des Bürgers gegen die Übergriffigkeit des Staates außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt wurden? In dieses Spannungsfeld gehört auch, dass man mit berechtigtem Entsetzen auf den Einsatz iranischer Sicherheitskräfte gegen Teilnehmer regimekritischer Demonstrationen hinweist. Was denken sich Mitglieder des iranischen Regimes, wenn sie zum Beispiel Herr Maas auf diesen Missstand hinweist, sie aber kurz zuvor Bilder aus Deutschland gesehen haben, zum Beispiel von den Demonstrationen am 21. April gegen die Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes § 28 b IfSG, wo Demonstranten – darunter völlig friedliche, alte Frauen – in unverhältnismäßiger Weise von der Polizei zusammengeprügelt wurden? Ähnlich übrigens auch, wenn sich unser Außenminister – hat er das jemals, das möchte ich hier den SPD-Kollegen fragen – im Iran gegen die Todesstrafe und die geschlechtlichen Zwangskonversionen für homosexuelle Männer einsetzt, obwohl gleichzeitig immer mehr junge homosexuelle Muslime mitten in Deutschland Opfer des zunehmenden Einflusses des radikalen Islams auf migrantische Parallelgesellschaften werden – ihrer Freiheit beraubt, gefoltert, psychisch zerstört, mit dem Tod bedroht, entführt und zwangsverheiratet. Und wenn sie sich in Deutschland dazu etwa auf Facebook in islamkritischer Weise mit Berufung auf das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und des Hassredeverbotes äußern, werden sie auf Facebook gesperrt oder gelöscht. Wobei wir bei einer weiteren vulnerablen Stelle in diesem Spannungsfeld wären: der Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland. „Reporter ohne Grenzen“ hat jüngst darauf hingewiesen, dass Deutschland im vergangenen Jahr in der aktuellen Rangliste der Pressfreiheit um zwei Plätze auf den 13. Rang abgestiegen ist. Man muss sich auf der Zunge zergehen lassen, was die Bundesregierung zu dem Punkt in ihrer Unterrichtung sagt. Ich zitiere jetzt die Bundesregierung: „Die Bundesregierung setzt sich weltweit für Meinungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Zugang zu Information als unveräußerliche Menschenrechte und wesentliches Fundament einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ein und wird Verletzungen dieser Freiheiten kritisch aufgreifen. Hierzu zählt auch

die Verteidigung eines freien und offen zugänglichen Internets, insbesondere angesichts der Zunahme von Zensur und Überwachung in autoritären Regimen. Besondere Bedeutung hat die Unterstützung und der Schutz von unabhängigen Medien und Medienmachern, die durch ihre Arbeit Missstände aufzeigen und gesellschaftliche Diskussionen befördern.“ Sie mögen mir verzeihen: Das klingt angesichts der Zensurmaßnahmen, die diese Regierung erlassen hat, wie purer Hohn. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz mit seinem juristisch völlig vagen Begriff der Hassrede, die Neuregelung des § 188 StGB usw. haben in Deutschland ein Klima geschaffen, in dem die Mehrzahl der Bürger und auch wichtige Journalisten und inzwischen auch Schauspieler Angst haben, ihre Meinung offen zu sagen. Kurzum und ganz banal gefragt: Welche moralische Autorität haben diejenigen, die jeden Splitter im Auge ihrer Brüder weltweit in deutscher Gründlichkeit notieren, aber den Balken im eigenen Auge nicht sehen können oder wollen? Und dann die grundlegende Frage, inwiefern können sie diese Glaubwürdigkeit wieder erlangen, damit ihr Engagement für Menschenrechte auch nachhaltig fruchtbar wird?

Die Vorsitzende: Dankeschön. Als nächste hier aus dem Saal Frau Dr. Julia Duchrow.

SVe Dr. **Julia Duchrow:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, ich bedanke mich für die Möglichkeit, heute Stellung nehmen zu dürfen. Meine umfassende schriftliche Stellungnahme liegt ihnen vor. Ich möchte meine schriftlichen Ausführungen hier nicht wiederholen, sondern die Gelegenheit nutzen, um zu drei Gesichtspunkten ergänzend Stellung zu nehmen. Erstens zur Struktur und dem Inhalt des 14. Menschenrechtsberichts der Bundesregierung, zweitens zum menschenrechtlichen Engagement Deutschlands im Rahmen der multilateralen Regime und drittens zur deutschen Position betreffend die Sicherung der EU-Außengrenzen, auch dies aus menschenrechtlicher Perspektive. Amnesty begrüßt, dass die Bundesregierung im Format der Menschenrechtsberichte regelmäßig über Positionen und Herausforderung des Schutzes von Menschenrechten aus deutscher



Sicht informiert. Der vorliegende 14. Bericht ist übersichtlich strukturiert; positiv hervorzuheben ist auch, dass mit Kapitel B nun ein Zwischenbericht zu den Empfehlungen aus dem UPR-Verfahren vor dem VN-Menschenrechtsrat enthalten ist. Aussagekräftiger wäre der Bericht allerdings, wenn er die aktuellen Herausforderungen der Menschenrechtspolitik unmissverständlich benennen und eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Menschenrechtspolitik vornehmen würde. Nicht überzeugend ist zudem die Auswahl der Länderberichte. Diese spiegelt nicht hinreichend wider, in welchen Ländern die Menschenrechtssituation besonders bearbeitet werden muss. In diesen Punkten besteht aus meiner Sicht Nachbesserungsbedarf. Ich komme zu meinem zweiten Punkt, dem deutschen Engagement in den multilateralen Institutionen, vor allem in den Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Die multilateralen Instrumente des Schutzes der Menschenrechte stehen unter großem Druck. Deshalb gilt heute mehr denn je, um die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen zu zitieren: „We must push back on the pushbacks. And continue to push forward.“ Auch wenn Amnesty die Rolle der Bundesregierung etwa im VN-Sicherheitsrat oder im Menschenrechtsrat als durchaus konstruktiv und engagiert wahrnimmt: Hier gilt es, noch klarer Kante zu zeigen, um der Erosion des globalen Menschenrechtsregimes entgegenzuwirken. Eine Gesamtstrategie, wie sie notwendig wäre, fehlt. Der Etablierung von Narrativen, die den anerkannten Konzepten, etwa der Universalität und der Unteilbarkeit der Menschenrechte zuwiderlaufen, gilt es, entschlossen und unmissverständlich entgegenzutreten. Daran muss gerade in Zeiten erinnert werden, in denen viele Länder mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Pandemiebekämpfung massive Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen versuchen. Bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie ist die gerechte Verteilung der Impfstoffe zentral. Hier hat sich die Bundesregierung positiv bei der finanziellen Unterstützung multilateral eingebracht. Was fehlt, ist eine klare Haltung innerhalb der EU, um die Forderung nach einer temporären Aussetzung der TRIPS-Regeln zu Patentschutz für Covid-19-

Medikamente, Diagnostika und Impfstoffe innerhalb der WTO zu unterstützen und die Blockade der EU dahingehend aufzuheben. Damit komme ich zu meinem dritten und letzten Punkt, der Flüchtlingspolitik und der Sicherung der EU-Außengrenze. Hier ist festzuhalten: Die deutsche Flüchtlingspolitik entspricht nicht den menschenrechtlichen Standards. Amnesty international und andere Organisationen haben gewaltsame Zurückweisung an den EU-Außengrenzen vielfach dokumentiert. Verantwortung tragen die EU-Grenzschutzagentur Frontex und die Mitgliedstaaten. Es ist dringend notwendig, dass die Kommission die Vorwürfe untersucht und Vertragsverletzungsverfahren einleitet. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die dokumentierten Rechtsverletzungen gegenüber den anderen Mitgliedstaaten anspricht und rügt. Amnesty kann die positive Bewertung des Kommissionsvorschlags für einen Migrationspakt, wie sie im 14. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung vorgenommen wird, nicht teilen. Wird er so verabschiedet, wird der Anspruch auf ein faires individuelles Asylverfahren mit effektivem Rechtsschutz vielfach vereitelt werden und Inhaftierungen an der Grenze zum Regelfall. Wer darüber hinaus auf die Kooperation mit Drittstaaten, der Türkei, Libyen und den G5-Sahelstaaten setzt, verfolgt aus menschenrechtlicher Perspektive einen Irrweg. Private Seenotrettung muss möglich bleiben. Nur so lässt sich der humanitären Katastrophe im Mittelmeer begegnen. Im Rahmen der Neugestaltung des Migrationspaktes sollte die Bundesregierung auch darauf hinwirken, dass ein transparenter, unabhängiger und finanziell angemessen ausgestatteter Monitoring-Mechanismus eingerichtet wird, der Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen verfolgt. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat als nächster Sachverständiger in der Konferenz Martin Lessenthin das Wort.

SV **Martin Lessenthin**: Vielen Dank. Ich freue mich, dass ich wieder dabei sein kann. Sie haben einen schriftlichen Bericht bekommen, den ich nicht wiederkauen möchte, sondern ich möchte



einige Schlaglichter richten. Zunächst möchte ich meiner Vorrednerin zustimmen. Bei den Länderberichten gibt es viele schwarze Löcher und dabei auch sehr gravierende. Eines möchte ich herausgreifen, das ist Kuba. Im Berichtszeitraum gab es wieder gravierende Menschenrechtsverletzungen auf Kuba. Die Zahl politischer Gefangenen ist gestiegen, und wir finden nicht eine Seite im Länderbericht zu diesem Land, das eine ganz besondere Rolle spielt, wenn es um Menschenrechtsverletzungen geht. Ich weise zum Beispiel hin auf die Rolle des Menschenrechtsrats und Kubas Rolle in den Vereinten Nationen. Gerade wenn es um die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen geht, erleben wir eine Koalition menschenrechtsverletzender Staaten, und aus diesem Grunde alleine hätte es möglich sein sollen, dass Kuba im Länderbericht erscheint. Ich möchte aber auch zu den Fragen kommen, die gestellt wurden, einmal zur Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen. Wir haben im Jahr 2020 in vielen Ländern, die ohnehin zu den üblichen Verdächtigen gehören, erlebt, dass Menschen, die menschenrechtlich, als Menschenrechtsverteidiger oder als Bürgerrechtler aktiv sind, unter dem Vorwand von Corona ihre Häuser nicht verlassen konnten, dass politische Gefangene, die unter schlimmen Umständen inhaftiert sind, zu Corona-Zeiten noch schlimmere Situationen erleben mussten, zum Beispiel in der Türkei, im Iran und wiederum in Kuba. Wir erleben in diesen Ländern, dass zahlreiche kriminelle Gefangene aus der Haft entlassen wurden und dass die Haftbedingungen der politischen Gefangenen zugleich erschwert wurden, dass sie keine Möglichkeiten mehr hatten, Besuch zu empfangen, keine Möglichkeiten mehr hatten, in eigener Sache rechtlich aktiv zu sein und Anwälte zu treffen, dass Corona den Herrschenden die Möglichkeit bot, ihre Situation noch weiter zu verschlechtern. Darüber hinaus haben wir in Ländern wie Pakistan oder auch im Iran festgestellt, dass unter dem Deckmantel Corona, Minderheiten, vor allem religiöse Minderheiten, in einer besonderen Art und Weise drangsaliert wurden. Das reicht vom Verlust des Arbeitsplatzes, der zuerst solche Menschen trifft, die einer Minderheit angehören, bis hin zu Übergriffen mit der Begründung der Unreinheit und der falschen Behauptung, sie

seien die Verbreiter der Pandemie. In vielen Hinsichten ist nach dem Iran gefragt worden. Der Iran ist ein Land, das Deutschland in einer besonderen Weise beschäftigt – menschenrechtlich, aber auch wirtschaftspolitisch und im Hinblick auf die sogenannten Atomverhandlungen. Wir sind im Moment in einer Situation, aus der heraus wir etwas Hoffnung schöpfen, dass mit dem Iran besser verhandelt werden könnte. Aber ob diese Hoffnung berechtigt ist, werden erst die nächsten Monate vielleicht auch Jahre zeigen. Iran steht vor Wahlen und diese Wahlen bringen erfahrungsgemäß eine Vergrößerung der Repression mit sich. Im Iran haben wir ohnehin im vergangenen Jahr wieder vieles erlebt, auch in dramatischer Weise gesteigert erlebt. Damit meine ich die Hinrichtungen, was dieses Land in besonderer Weise negativ auszeichnet. Und was wir im vergangenen Jahr anhaltend bis jetzt haben hinnehmen müssen, ist die Inhaftierung deutscher Staatsbürger, die ganz offensichtlich als Geiseln missbraucht werden. Der Iran sieht in Deutschland einen schwachen Staat, eine schwache Demokratie, die man leicht unter Druck setzen kann, gerade dann, wenn man wirtschaftspolitische Ziele oder Vorteile im Bereich der Atomverhandlungen mit deutscher Hilfe oder durch deutsches Wegschauen erreichen möchte. Deswegen ist der Anreiz, Geiseln zu nehmen, besonders hoch. Und ich möchte vor allem das Schicksal von Nahid Taghavi ansprechen, deren Prozess jetzt im Grunde gerade beginnt und an deren Person wir exemplarisch feststellen, wie der Iran mit politischen Gefangenen umgeht, die über längere Zeit wie ein halbes Jahr hinweg, ihre Anklageschrift nicht kennen, wo Anwälte keinen Zugang erhalten zu einer Anklage und sich ein Anwalt erst mit Prozessbeginn einlesen darf, im Büro des Richters und ohne die Möglichkeit in ausreichender Form zu erfassen und zu dokumentieren und auch zu prüfen. Eines möchte ich noch hinterherreichen, was den Iran angeht: Wir haben natürlich auch erlebt, dass wieder die gleichen religiösen und politischen Minderheiten, das heißt, von den Kurden und Belutschen über die Bahais und Suffis bis zu den konvertierten Christen, im Berichtszeitraum in erheblicher Weise Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind. Und auch hier würden wir uns im



Menschenrechtsbericht mehr Ausführlichkeit wünschen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat als nächster Sachverständiger, auch zugeschaltet in der Konferenz, Dr. Jonas Pieper das Wort.

SV Dr. **Jonas Pieper**: Vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Ich beziehe mich jetzt im Folgenden auf zwei Aspekte der Sozialpolitik in ihrer Bedeutung für die Menschenrechte in Deutschland, spezieller auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und noch spezieller auf die Themen Armut und Wohnen. Zunächst zur Armut und insbesondere zur Einkommensarmut, denn die Abwesenheit von Einkommensarmut ist für die Wahrung einer ganzen Reihe von Rechten sehr zentral. Man kann sagen, Einkommensarmut ist ein Schlüsselindikator, denn sie korreliert sehr stark mit einer ganzen Reihe anderer Benachteiligungen, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit, Beschäftigung, Bildung oder Wohnen. Nach Daten der amtlichen Statistik lag die Armutsquote in Deutschland 2019 bei 15,9 Prozent. Hierbei geht es um relative Armut, die sich an den Standards orientiert, die in unserer Gesellschaft für soziale Teilhabe gelten. Das heißt also 15,9 Prozent der Menschen in Deutschland oder in absoluten Zahlen, mehr als 13 Millionen hatten 2019 ein Einkommen, das ihnen diese Teilhabe in wichtigen Bereichen des Lebens nicht ermöglicht. Die höchste Armutsquote haben Arbeitslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Menschen mit niedriger Qualifikation und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Die Armutsquoten gehen rauf auf über 40 Prozent bei Alleinerziehenden beispielsweise und sogar auf knapp 60 Prozent bei Arbeitslosen. Ich möchte kurz auf die Situation in der Corona-Pandemie hinweisen. Mir liegen die Daten der amtlichen Armutsstatistik für das Jahr 2020 noch nicht vor. Die Verteilung der Einkommensverluste während Corona spricht aber dafür, dass die Armut im vergangenen Jahr noch einmal zugenommen hat. Die Einkommensverluste waren und sind nämlich, soweit wir das von Daten aus Befragungen, nicht gleich verteilt über alle Einkommensgruppen. Im Gegenteil: Mehr als 80

Prozent der Haushalte hatten gar keine Einkommenseinbußen. Von Einkommenseinbußen betroffen waren dagegen jene Personengruppen, die ohnehin häufig schon von niedrigem Einkommen leben, wie zum Beispiel Menschen mit Minijobs oder in Leiharbeit. Konsequenterweise spricht auch der Entwurf des sechsten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung davon, dass die Einkommensrisiken in der Pandemie für untere Einkommensbereiche größer sind. Nach allem, was wir also bis jetzt wissen, müssen wir davon ausgehen, dass die Armut in Deutschland durch die Pandemie noch einmal zugenommen hat. Der Paritätische macht sich deshalb dafür stark, unter anderem die Regelsätze von Hartz IV auf mindestens 644 Euro anzuheben und während der Krise den Mehrbedarf durch einen Zuschlag von 100 Euro pro Monat zu decken. Ich komme zum zweiten Thema, zum Thema Wohnen und möchte einleitend darauf hinweisen, dass die Lage auf dem Wohnungsmarkt in vielen Regionen äußerst angespannt ist und es aus Sicht des Paritätischen unbedingt geeignete Maßnahmen braucht, um Mietpreise zu begrenzen. Es braucht dazu außerdem dringend mehr Sozialwohnungen. Ich möchte hierbei jetzt ein besonderes Augenmerk auf zwei aus menschenrechtlicher Perspektive besonders kritikwürdige Umstände legen. Das erste ist das Verhältnis von Einkommensarmut und Energieversorgung, spezieller das Thema Stromsperrungen. Jährlich werden in Deutschland von den Messbetreibern um die 300.000 Stromsperrungen durchgeführt. Hinzukommen Sperrandrohungen in einer Größenordnung von knapp fünf Millionen. Aus unserer Sicht sind Stromsperrungen eine eindeutige Verletzung des Rechts auf Wohnen. Denn sie bedeuten für viele Menschen, keine Möglichkeit zur Warmwasserzubereitung, möglicherweise sogar zum Kochen oder zum Heizen zu haben. Eine zentrale Maßnahme aus Sicht des Paritätischen ist deshalb die Übernahme der Stromkosten in Hartz IV neu zu regeln. Strom darf nicht mehr pauschaliert in Hartz IV-Regelsätzen erfasst werden, sondern muss wie Miete und Heizung in der tatsächlichen Höhe übernommen werden. Der zweite Punkt beim Thema Wohnen betrifft Menschen mit Behinderung, denn für sie ist die Lage am Wohnungsmarkt besonders schlecht. Hierzu zwei Zahlen: Der Bedarf an



Wohnungen, die für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nutzbar sind, liegt bei 2,4 Millionen, der Bestand dagegen bei 560.000 Wohnungen. Es ist also dringen nötig, mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu schaffen. Und dafür müssen öffentliche Förderungen stärkere Auflagen enthalten und es braucht ordnungsrechtliche Regelungen, wie beispielsweise die gesetzlichen Verpflichtungen zur Schaffung von Barrierefreiheit. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Dr. Pieper. Dann hat als nächster in der Konferenz Dietmar Roller das Wort.

SV Dietmar Roller: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Bundestages, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Als International Justice Mission sind wir dabei, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu bekämpfen. Das ist etwas, das global geschieht, aber das Thema Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung kommt auch uns ganz nahe. Ich werde mich also hier auf die Frage sechs konzentrieren und dort auf zwei, drei Aspekte, die ich herausgreifen möchte. Sie haben den Bericht vorliegen, wo dann detaillierter darauf eingegangen wird. Die Frage sechs beginnt mit dem Satz: „Mit der Ware Mensch erzielt die organisierte Kriminalität inzwischen weltweit sogar höhere Profite als mit illegalem Drogen- und Waffenhandel.“ Das ist tatsächlich der Fall und wenn man die Zahlen von der ILO nimmt, dass etwas über 40 Millionen Menschen in moderner Sklaverei gefangen sind und der Gewinn bei etwa 150 Milliarden im Jahr liegt, dann ist das eine mächtige Industrie. Menschenhandel im Gegensatz zu illegalem Drogen- und Waffenhandel braucht keine großen Investitionen. Vielmehr wird hier durch Täuschung, Zwang und Ausnutzung von Schwächesituationen, beziehungsweise bei Kindern ein von Ausbeutung und Abhängigkeit geprägtes Verhältnis aufgebaut. Betroffene können wiederholt immer wieder ausgebeutet werden und kommen aus dieser Situation oft in zwei, drei Generationen nicht heraus. Ebenso richtig wurde in der Frage formuliert, dass die übergroße Mehrheit der Opfer von Menschenhandel in die sexuelle Ausbeutung gezwungen wird.

Schätzungen in Deutschland gehen davon aus, dass gerade beim Thema Prostitution etwa 80 Prozent der Frauen auf der Straße im Bereich Zwangsprostitution in diese Situation gekommen sind. Sie sind Ware. Welches sind von Armut geprägt Regionen? Wir haben ein Büro in Osteuropa, in Rumänien, und sehen ganz klar den Zuzug von Osteuropa nach Westeuropa. Menschenhändlerstrukturen sind da. Sie führen aber noch sehr viel weiter, nämlich über Libyen bis weit hinein nach Nigeria. Und wenn Sie heute in Bordellen hier in Deutschland sich umschaun und viele Frauen aus Nigeria finden und deren Geschichten hören, dann wird deutlich, dass ausgebildete Menschenhandelssysteme die Migrationsströme nutzen, ganz gezielt Frauen, aber auch Jugendliche hier nach Europa zu bringen. Täter und Täterinnen stammen aus wohlhabenden Regionen oder Ländern. Das sehen wir vor allem, wenn es darum geht, dass heute auch die digitale Technologie benutzt wird, um sexuelle Ausbeutung voranzubringen. Ich komme gleich darauf. Die Corona-Pandemie hat diesen Trend verstärkt. Wir haben eine Studie herausgegeben, Sie können sie bei uns auch auf der Homepage abrufen, von den Philippinen, wo dies auch von verschiedenster Seite bestätigt wird. Ein Trend, der sehr stark durch die Corona-Pandemie gestärkt wurde, ist die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet. In der Regel kommen die betroffenen Kindern aus ärmeren Ländern und die Täter aus weit entfernten wohlhabenden Ländern. Wir kennen alle die Situation aus zurückliegenden Jahren, dass pädophile Kriminelle in die Länder gereist sind, um dort Kontakt zu knüpfen und Kinder sexuell auszubeuten. Da hat sich eine große Veränderung ergeben. Zur sexuellen Ausbeutung des Kindes sind nur Internet und digitale Technologie notwendig. Das heißt, wir haben ein breites neues Feld, man wo selbst in kleinen Orten in der Welt mit wenig Investment, Kinder direkt Tätern hier zuführen kann: Sexuelle Ausbeutung eines Kindes in Echtzeit, häufig in Form eines live im Internet übertragenen sexuellen Missbrauchs. Der Pädokriminelle gibt dabei einer dritten Person Anweisungen und steuert so den Missbrauch zur Erfüllung seiner eigenen Wünsche. Die dritte Person ist meist eine dem Kind nahestehende Person, zum Beispiel ein Familienmitglied oder kommt aus dem nachbarschaftlichen Umfeld. Für



Familienarmut ist das oft eine einfache Möglichkeit, um schnell Geld zu verdienen. Es ist aber auch eine sehr ausgeklügelte Mittelsmann-Situation, in der es Menschenhändler sehr geschickt verstehen, Familien beziehungsweise einzelne Mitglieder in das System zu integrieren. In unserer Studie von den Philippinen, und die ist exemplarisch, denn dieses Phänomen ist im Moment weltweit sehr schnell auf dem Vormarsch, sind wir darauf gekommen, dass etwa Kinder im Durchschnitt elf Jahre alt sind, wenn sie so dem sexuellen Missbrauch zugeführt werden. Das jüngste Kind, das wir aus dieser Situation befreit haben, war keine zwei Monate alt. Der Skandal dabei ist, dass Täter hier bestimmen, was mit diesem Kind passiert und es zu schwerster sexueller Ausbeutung bis hin zu Folter kommen kann und der Täter hier nicht mehr Zuschauer ist, sondern ganz gezielt und ganz klar als Teil des Verbrechens und als Teil, der das voranbringt, mit dabei ist. Die Bundesregierung bekennt sich in ihrem 14. Menschenrechtsbericht dazu, den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt, einschließlich sexualisierter Gewalt und Ausbeutung, zu verbessern. Sie führt eine Reihe konkreter Maßnahmen an, die dazu beitragen sollen, die sexuelle Ausbeutung von Kindern zu überwinden. So wird beispielweise im Nationalen Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen bis Sommer 2021 unter anderem das Thema Online- und Darknet-Anbahnung und sexuelle Ausbeutung behandelt. Dieser Schritt der Bundesregierung ist zweifelsohne zu begrüßen. Unserer Meinung nach reicht das aber nicht. Wir brauchen ganz klar andere gesetzliche Rahmenbedingungen und es muss dazu kommen, dass Täter nicht so behandelt werden als ob sie pornographisches Material anschauen, sondern dass es zu einer Verurteilung als Täter kommt. Details können Sie gerne aus dem längeren Bericht entnehmen. Was wir fordern ist, die Kultur der Straflosigkeit zu beenden. Und damit will ich an dem Punkt auch zum Ende kommen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, wir starten gleich in die Fragerunde. Wir haben also genügend Zeit, entsprechend noch einmal auf Details einzugehen. In der Sachverständigenrunde komplettiert Frau Neda Soltani hier im Saal die erste Runde, und dann starten wir in die Fraktionsrunde.

Sve **Neda Soltani**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier heute als Sachverständige Stellung nehmen zu dürfen. In den nächsten fünf Minuten konzentriere ich mich im Wesentlichen auf die Lage der Menschenrechte im Iran. Im Zeitraum des 14. Menschenrechtsberichts der Bundesregierung hat das Regime im Iran weiterhin die grundlegenden Bürgerrechte der Menschen massiv verletzt. In diesem spezifischen Zeitraum haben wir die blutigen Massenproteste vom November 2019 mit – laut Reuters – 1.500 Toten und 8.600 Verhaftungen gesehen. Wir haben die Hinrichtung von fast 600 Menschen und den vorsätzlichen Abschuss des ukrainischen Flugzeugs mit 176 Todesopfern gesehen. Wir haben Massenverhaftungen von Kritikerinnen und Kritikern, Journalistinnen und Journalisten, aber auch willkürliche Verhaftungen europäischer und amerikanischer Bürgerinnen und Bürgern als Geiseln beobachtet. Darunter auch zwei deutsche Staatsbürger, nämlich Nahid Taghavi, die seit mehr als 200 Tagen in Haft ist – einen Großteil davon in Einzelhaft – und Jamshid Sharmahd, ein Journalist, dessen Aufenthaltsort in den letzten acht Monaten uns nicht bekannt ist. Allgemein ist zu sehen, dass sich die Menschenrechtslage und die Lage der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren im Iran insgesamt eklatant verschlechtert hat und sich weiterhin verschlechtert. Tausende von Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern wie Keivan Samimi und Atena Daemi, Aktivistinnen und Aktivisten wie Esmaiel Abdi, Sam Rajabi, Niloufar Bayani, Rechtsanwältinnen wie Nasrin Sotoudeh, Zugehörige religiöser Minderheiten wie die Bahais und konvertierte Christen und ethnische Minderheiten wie Zeinab Jalalian, aber auch hochbegabte junge Studierende wie Ali Younesi und Amirhossein Moradi sind in willkürlicher Haft. Viele bleiben monatelang in Einzelhaft, manche, wie der schwedische Katastrophenmediziner Ahmadreza Djalali sind von Hinrichtungen bedroht. Und einige wie der Sportler Navid Afkari und der Journalist Ruhollah Zam sind tatsächlich hingerichtet worden. Einzelhaft als Instrument zur Erzwingung von Geständnissen, Verlegung von politischen und anders denkenden Gefangenen in psychiatrische



Einrichtungen, Verbannung von Inhaftierten in abgelegene Regionen und die Unterbindung von Familienkontakten sind Beispiele für Methoden, die zur Anwendung kommen, um jede Art von Kritik auszuschalten. In solch unsicheren Zeiten erwartet man von der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union nicht nur ein schriftliches Bekenntnis zur Lage der Menschenrechte im Iran, sondern eine überzeugende Strategie, wie die Menschenrechte auch und gerade gegen systematische Verstöße durch dieses Regime gestützt und gefördert werden können. Ungeachtet solcher schwerwiegenden und ungeheuerlichen Umstände bemüht sich die Regierung Deutschlands zusammen mit ihren Partnern, einen Kompromiss zu schließen und das Atomabkommen mit genau diesem Regime im Iran wieder aufleben zu lassen. Darüber hinaus verfolgt man die sogenannte „Engagement as Containment“-Taktik, die im Falle von Iran fast nie funktioniert hat, und nimmt den Iran als Mitglied der Kommission der Vereinten Nationen zur Rechtstellung der Frau auf. Die Bundesregierung sollte meines Erachtens aufgefordert werden, ihr Votum in diesem Bezug bekannt zu geben, weil dieses Format des Dialogs zwischen Regierungen letztlich das ist, was das Regime im Iran eigentlich anstrebt. Diese Abschottung wird definitiv durch die Propagandamaschine des Regimes instrumentalisiert, um Forderungen der iranischen Frauen kaltzustellen und zurückzuweisen. Lassen Sie mich das bitte ausdrücklich sagen: Das heißt keineswegs, dass es keine Verhandlungen mit dem Iran geben soll, allerdings sollte das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland für die Menschenrechte der Bevölkerung im Iran nicht nur mit Worten und sporadischen und unverbindlichen Forderungen eintreten, sondern mit tatsächlich verbindlichen Maßnahmen. Die rote Linie, die in Verhandlungen mit dem Regime nicht überschritten werden kann, diese rote Linie, die die ungeheuerlichen Verletzungen der Menschenrechte der Menschen im Iran demarkiert, ist aus meiner Sicht und aus der von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern innerhalb und außerhalb des Irans nicht wahrnehmbar. Die Achtung der Zivil- und Menschenrechte des iranischen Volkes darf kein

Dialogthema sein, sondern muss eine unverhandelbare Aufforderung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer demokratischen Partner in Verhandlungen mit dem Iran sein. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Frau Soltani. Dann sind wir am Ende der Sachverständigenrunde und starten in die Fraktionsrunde. Noch einmal kurz für alle zur Erinnerung: Es gibt für jeden Abgeordneten die Möglichkeit, bis zu zwei Minuten Fragen an bis zu zwei Sachverständige zu richten, die Sie bitte direkt adressieren. Dann geben wir an diese adressierten Sachverständigen ab, die dann vier Minuten für die Beantwortung haben. Der Kollege Michael Brand für die Union.

Abg. **Michael Brand** (Fulda) (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Ich möchte zuerst für die Union allen Sachverständigen danken. Ich beziehe damit Dr. Dr. Berger ein, weil Sie ein Beispiel dafür geben – und das werden die Zuschauer merken nach Ihrem Statement – was es bedeutet, die Strategie anzuwenden, dass man massive Menschenrechtsverletzungen weltweit relativiert mit Beispielen, die Sie nicht belegen können. Und ich will an dieser Stelle die Polizei in Deutschland gegen Ihre Agitation in Schutz nehmen. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Lessenthin. Erst einmal herzlichen Dank für den Hinweis auf Kuba. Ich glaube, das sollte die Bundesregierung aufnehmen. Wir unterstützen jedenfalls Ihre Forderung. Sie führen in Ihrer Stellungnahme aus, wie Regierungen die Pandemie zur Einschränkung von Menschenrechten missbrauchen. Sie erwähnen da unter anderem die Türkei. Dort wurden christliche Gemeinden mit zahlreichen Beschränkungen belegt. Ich wäre dankbar, wenn Sie ausführen könnten, wie das konkret in Pandemiezeiten aussieht, welche Erfahrungen und Kenntnisse Sie haben. Und es gibt ein zweites Thema: Die Einengung und Verletzung von Menschenrechten, die zunehmend mit digitaler Technologie vollzogen wird. Lassen sich hier Zusammenhänge national, international erkennen? Wie schätzen Sie das Vorgehen Chinas, das individuelle Menschenrechtsverständnis international auszuhöhlen, ein? Eine Frage an



Herrn Roller: Ich setze da an, wo Sie aufgehört haben. Bitte führen Sie dazu mehr aus. Wo sehen Sie gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie Kinder gegen sexuelle Ausbeutung im Internet besser zu schützen und die Täter konsequenter bestrafen zu können? Welche Erfahrung haben Sie im Hinblick auf die Aussagefähigkeit der Betroffenen von Menschenhandel gemacht? Denn dort bringen Sie eine Reihe von Expertise aus den Philippinen mit. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt zunächst Herr Lessenthin für bis zu vier Minuten das Wort und im Anschluss Herr Roller.

SV Martin Lessenthin: Ich bin konkret auf die Situation in der Türkei im vergangenen Jahr während der Corona-Pandemie angesprochen worden. In dieser Zeit gab es in der Türkei zunächst überhaupt kein Konzept, wie man mit Corona umgehen sollte. Danach kam die Panik. Und die Panik sah so aus, dass viele Gefangene aus den überfüllten türkischen Haftanstalten, in denen auch Menschen aus politischen Gründen inhaftiert sind, die mit der HDP oder den Kunden in Verbindung gebracht werden, oder andere Minderheiten, die aus Sicht des türkischen Staates nicht loyal sind... Und in diesem Zusammenhang haben wir natürlich auch erlebt, dass Minderheiten anderweitig drangsaliert wurden und Corona gegen sie ausgespielt wurde, zum Beispiel durch Kirchenschließungen und unterbliebene Informationen an Kirchengemeinden und Einzelpersonen, die Veranstaltungen im Gemeinderahmen durchführen, was [grundsätzlich] erlaubt ist. Es gibt also Ortschaften, in denen mussten nur die Kirchen geschlossen werden, während die Moschee offen blieb. Die Nachfragen der kleinen christlichen Gemeinden, warum das denn so war, wurden schlichtweg über Wochen und Monate nicht beantwortet, so dass mit Recht das Gefühl aufkam, hier werde gezielt diskriminiert. Ähnlich erging es Christen, die keine türkische Staatsbürgerschaft haben, aber zum Teil schon seit Jahrzehnten auf türkischem Boden ihrer Arbeit nachgehen, dort leben, Kinder haben, verheiratet sind und vollkommen integriert sind, die zum

Teil auch eigene Geschäfte betreiben. Ihnen wurde plötzlich der weitere Aufenthalt in der Türkei untersagt. Dieses Untersagen stand im Zusammenhang mit sogenannten Gemeindeaktivitäten, die offenbar unerwünscht sind. Dagegen nun zu plädieren, einen Anwalt aufzusuchen, Eingaben zu machen – all dies war nur sehr eingeschränkt beziehungsweise gar nicht möglich, Dinge wurden nicht entgegengenommen, weil Corona dies nicht ermöglicht. Das sehen wir in einem Land, das sich immer noch als EU-Beitrittskandidat fühlt, das Krieg in der Nachbarschaft führt und Terror in der Nachbarschaft finanziert: Dass in diesem Land, zu dem wir an anderer Stelle zum Beispiel auch intensive wirtschaftliche Beziehungen unterhalten, Corona als Waffe zur Diskriminierung der christlichen Minderheit missbraucht worden ist. So wie man das natürlich auch über andere Länder während der Corona-Krise, insbesondere Mitte bis Ende 2020, sagen muss: Stichwort Ägypten, wo ähnliches geschehen ist, und, wie vorhin schon erwähnt, Iran und Pakistan.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt Herr Roller das Wort.

SV Dietmar Roller: Lassen Sie mich vom zweiten Teil der Frage auf die erste kommen. Die Philippinen sind wie ein kleiner Mikrokosmos von dem, was auch Europol und Andere im Moment als ein globales Phänomen sehen, das gerade ganz verstärkt aufkommt, nämlich die sexuelle Ausbeutung von Kindern online, live. Das heißt, dass durch Zoom und andere Dienste, die in Anspruch genommen werden, Kinder ausgebeutet werden, und zwar so, dass die Täter, die hier sind – und es sind praktisch ausschließlich Männer nach unserer jetzigen Erfahrung – einen Betrag über Western Union oder über einen schnellen Bezahldienst zahlen, und dann für eine Stunde sagen können, was mit dem Kind genau detailliert passiert. Da kommt es zu entsetzlichen Sachen, wenn ich an unsere Ermittler denke, die sehr eng mit der Polizei international zusammenarbeiten. Da sehen wir eine verheerende Zahl von schlimmsten Menschenrechtsverletzungen an Kindern. Oft werden sogar die kleinen Kinder bevorzugt, weil



sie noch nicht reden können. Das ist etwas, was einfach da ist. Die Philippinen sind Vorreiter. Wir sehen aber im Moment, dass sich das global ausweitet, etwa in Rumänien, und dass wir auch in anderen Ländern mehr und mehr dieses Phänomen haben, weil es für Männer, die diese Art der Ausbeutung lieben, eine sehr einfache und sehr risikolose Sache ist. Wir haben ein Rechtsgutachten vorliegen, in dem die Lücken auch in der deutschen Gesetzgebung noch einmal angesprochen werden. Da geht es zum einen darum, dass die Strafbarkeit auch bei ortsabwesenden Tätern bisher so gut wie nicht geregelt ist. Das heißt, Täter wirken nicht auf das Kind selber ein, sondern durch Dritte. Und häufig, wenn Richter dann einen Richterspruch fassen, ist das so, als ob diese Männer kinderpornographisches Material angeschaut haben. Das heißt, es kommt zu einer minimalen Verurteilung bezogen auf das, was eigentlich passiert, nämlich dass ein Täter ein Kind durch einen Dritten vergewaltigt. Das andere ist, dass wir hier eine Ausweitung des Opferschutzes bräuchten. Die Gefahr ist, dass der Täter hier in Deutschland immer noch auch rechtlich in die Rolle exhibitionistischen Handelns gedrängt wird und nicht so sehr als das gesehen wird, was er ist, nämlich ein Täter, der ein Verbrechen begeht. Sie können das Gutachten, das Strafrechtler erstellt haben, gerne einsehen. Da wird detailliert noch einmal darauf eingegangen, was an dem Punkt hier in Deutschland notwendig ist. Das andere ist, dass wir vor allem in der EU gerade einen harten Kampf hatten, wo es auch um die Auseinandersetzung geht – die ich sehr wichtig finde und wo ich auch sagen würde, da ist Bedarf – nämlich zwischen Datenschutz und Verfolgung und Kinderschutz, das heißt, Verfolgung von Straftaten in diese Richtung. Wir hatten für die letzten vier Monate nicht die Möglichkeiten, mit entsprechenden Tools und Software zu arbeiten, weil die EU an dem Punkt mit dem Auslaufen von 2021 die Verlängerung ausgesetzt hatte. Und wir haben gesehen, dass es weltweit zu einem Rückgang von Verurteilungen von über 46 Prozent gekommen ist, weil diese Tools, die da sind, nicht genutzt werden konnten. Wir bräuchten eine Gesetzgebung und Diskussion, die das Verhältnis von Datenschutz und Kinderschutz miteinander in Einklang bringt. Und wir glauben, dass man da an dem Punkt noch einmal ganz neu diskutieren

und ganz neu beides in der Gewichtung sehen muss und auch entsprechend neue Rahmenbedingungen braucht.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Dann hat Jürgen Braun für die AfD das Wort, bis zu zwei Minuten.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen. Ich möchte mich auch noch einmal von Seiten der AfD-Fraktion ganz ausdrücklich bei allen Experten bedanken, dass die meisten den Weg hierher gefunden haben, die anderen uns zugeschaltet sind. Die Darstellungen der Experten waren schon in diesen ersten 60 Minuten letztlich interessanter als der gesamte Bericht der Bundesregierung zur Menschenrechtssituation. Das muss man mal ganz deutlich hervorheben. Es ist auch vor allen Dingen sehr viel konkreter geworden und klarer in vielem. Herr Dr. Berger, Sie haben verschiedene Erfahrungen gemacht in Deutschland. Sie haben, wenn ich das richtig sehe, sich in Deutschland auch um junge Muslime gekümmert. Das habe ich von Ihnen schon einmal früher gehört. Sie haben sich aber sehr stark dem neuen Antisemitismus gewidmet, wie er in der Fachwelt unter den Forschern genannt wird. Das ist der sogenannte neue muslimische Antisemitismus, der bei vielen Juden in Deutschland zu besonderen Befürchtungen Anlass gibt und der in über 80 Prozent der Fälle nach einer Befragung, die auch in der „Jüdischen Allgemeinen“ veröffentlicht worden ist, besonders relevant ist. Wir haben parallel den Fall von christlichen Flüchtlingen im Asylbewerberheim, die im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung seit Jahren nicht vorkommen, auch wenn sie schwerste Gewalttaten erleben. Wie beurteilen Sie alle diese Entwicklungen in Deutschland, die nicht zu unserem Bild des friedlichen und freiheitlichen Deutschlands passen wollen?

Die Vorsitzende: Herr Dr. Berger, Sie haben das Wort, bis zu vier Minuten.

SV Dr. Dr. **David Berger:** Ich sehe zunächst vor allem einen Grundkonflikt bei denen, die



Immigration als unabänderliches Menschenrecht fordern, gleichzeitig aber häufig übersehen, dass mit den offenen Grenzen der Immigration eine große Menge neuer Menschenrechtsprobleme innerhalb Deutschlands entstehen – Probleme, die natürlich nicht erst mit der Flüchtlingswelle 2015 gekommen sind, sondern zum Teil schon länger bestehen, zum Beispiel in den Parallelgesellschaften in Neukölln. Ein Beispiel aus Neukölln, das ich als erster journalistisch bearbeitet habe, möchte ich ganz kurz skizzieren, weil das eine der Motivationen war, überhaupt herzukommen, als ich angefragt worden bin. 2012 ist zu mir der damals 18 Jahre alte Nassa gekommen, in Neukölln geboren, aufgewachsen. Als er 14 war, hat ihn seine Schwester zwangsgeoutet als Homosexuellen. Sein Onkel ist zur Hilfe gerufen worden, hat ihn mit Benzin übergossen, „Allahu Akbar“ gerufen und wollte ihn anzünden. Wenige Kilometer von hier entfernt. Wir sitzen jetzt hier und reden zu Recht über Menschenrechtsverletzungen im Iran und anderswo, aber übersehen gerne das, was da passiert. Und Nassa ist kein Einzelfall. Etwas später – wie gesagt, er ist von der Familie getrennt worden – hat die Familie versucht, ihn in den Libanon zu entführen und dort zwangszuverheiraten. Das ist an der Grenze aufgefliegen. Die Eltern sind zum Prozess gar nicht aufgetaucht, sind zu ein paar Tagessätzen verurteilt worden und damit war die Sache hier in Berlin gegessen. Nassa ist nur einer von vielen, und da muss man unterscheiden zwischen den Muslimen, die hier geboren sind, junge schwule Muslime, und denjenigen, die als Flüchtlinge hierher kommen. Da gibt es das Beispiel von einem jungen Mann, der im Flüchtlingsheim einen seiner Peiniger aus Syrien wiedererkannt hat, der ihm im Flüchtlingsheim das Leben zur Hölle gemacht hat. Das heißt, die Zusage von Frau Merkel, die sie, ich glaube 2015 oder 2016 gegeben hat, dass mit den Flüchtlingen natürlich auf keinen Fall irgendwelche Terroristen mit ins Land kommen, musste sie, wie so viele Dinge, wieder zurücknehmen. Von daher haben wir ein ähnliches Problem wie mit der Migration und der Prostitution in europäischen Ländern. Wir haben in Italien auch die Mafia. Die nigerianische Mafia spielt dort eine ganz große Rolle, wenn es um Prostitution geht. Wir haben also auch diese jungen Muslime in den Flüchtlingsheimen. Und

das ist ein typisches Beispiel für mich, dieser junge Moslem aus Syrien, der in Syrien erkannt hat, dass er Atheist ist, homosexuell ist, der geflüchtet ist, und hier auf Facebook dann Äußerungen zum Thema Atheismus und Islam gemacht hat und dessen Profil darauf hin gelöscht wurde. Der junge Mann hat mir gesagt: Ich komme nach Deutschland und dachte, hier gibt es negative Religionsfreiheit. Und jetzt werde ich dafür, dass ich auf diesen Narrativen der Religionsfreiheit bestehe, gesperrt, weil es bei Euch ein Hassredegesetz gibt, nach dem Kritiker des Islam ähnlich bestraft werden wie in den arabischen Ländern, wo über Nacht alle Profile auf Facebook gelöscht worden sind. Hier haben wir zwei Komponenten: Dieses Recht auf unbegrenzte Immigration nach Deutschland, das beansprucht wird und die Menschenrechtsprobleme, die sich dadurch ergeben, dass darauf nicht geschaut wird. Oder wo taucht im Menschenrechtsbericht der Union oder der Regierung dieses Problem junger, schwuler Muslime auf? Es ist eine extrem vulnerable Gruppe, für die ich hier spreche. Und zwar auch deshalb, weil ich im Laufe meines Lebens ungefähr zwölf junge schwule Muslime betreut habe, von denen nur noch die Hälfte lebt, Frau Özoğuz, weil sie sich zum Teil umgebracht oder in Drogenkonsum gestürzt haben, weil sie aufgrund ihrer Sozialisation, die natürlich von einer Kultur und stark religiös durch den Islam geprägt ist, nicht damit zurechtgekommen sind. Das halte ich für ganz entscheidend. Diese Gruppe kommt mir eindeutig zu kurz im Menschenrechtsbericht. Das zeigt doch die eigentliche Relativierung der Probleme im eigenen Land.

Zwischenrufe (unverständlich)

Die **Vorsitzende**: Der Kollege Frank Schwabe hat jetzt für die SPD das Wort. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen das hier in den öffentlichen Anhörungen – nein, wir versuchen das jetzt auf einer möglichst sachlichen Ebene, wie das Thema es zulässt. Der Kollege Frank Schwabe für die SPD stellt jetzt die Fragen. Es darf widersprochen werden, aber es muss sich hier nicht gestritten werden.



Abg. **Frank Schwabe** (SPD): Frau Vorsitzende, wenn das alles nicht so traurig wäre... Sachverständige können hier Dinge sagen... Das ist im Übrigen der Unterschied, Sie können das hier sagen, Herr Dr. Dr. Berger. Sie können das alles sagen. Sie können den größten Unsinn erzählen, das ist alles hier möglich. Wir können das aber auch kritisieren. Das können wir natürlich auch. Das gehört dann entsprechend auch mit dazu und die Beispiele, die Sie gebracht haben von jungen Schwulen, die sind ja nun in Deutschland – habe ich richtig verstanden? Die sind doch in Deutschland, weil sie hierhin migrieren konnten und wenn sie hier syrische Peiniger treffen, dann kommen die syrischen Peiniger hier nach Völkerstrafrecht vor Gericht, nicht wahr? Dann muss man das anzeigen. Wir haben jedenfalls solche Fälle, wo Geflüchtete auf Peiniger getroffen sind, und die hier auch vor Gericht gelandet sind und dann entsprechend auch abgeurteilt worden sind, was wahrscheinlich nicht so gewesen wäre, wenn alle diese beteiligten Personen in Syrien verblieben wären. Meine Kollegin hat Ihnen gerade die Frage gestellt, warum Sie sie eigentlich in so einer Situation ansprechen. Wenn, dann müssten Sie eher mich ansprechen, weil ich gerade Zwischenbemerkungen bei Ihnen gemacht habe. Wie auch immer – es ist so mein Schicksal – aber das ändert sich vielleicht in Zukunft – dass ich immer auf die AfD hier folge. Ich wollte eigentlich die Frage an Lina Al-Hathloul stellen und wollte noch einmal gratulieren, weil, als wir das letzte Mal uns gesehen haben, ich gerade in Straßburg war. Sie waren per Video zugeschaltet, da Sie gerade den Václav-Havel-Menschenrechtspreis entgegengenommen hatten, da Ihre Schwester nicht dabei sein konnte. Herzlichen Glückwunsch hierzu. Sie betonen, was wir in der EU und in Deutschland tun können, wenn Sie es ganz kurz fassen müssten, in drei Sätzen – erstens, zweitens, drittens – was würden Sie ganz konkret vorschlagen, was sollten und was können wir in Deutschland und in der EU tun? Und ich würde gerne Neda Soltani zum einen noch einmal ganz konkret nach dem Fall von Nahid Taghavi fragen. Sie haben den Fall angesprochen. Können Sie noch einmal beschreiben, wie es ihr gerade geht? Wie das mit dem Zugang ist? Sie haben es generell für alle gesagt. Aber wie ist das mit dem Zugang zu Rechtsanwälten, wie ist die Möglichkeit,

überhaupt diesen Fall zu verhandeln? Unter welchen Haftbedingungen leidet sie im Moment? Ich glaube, das wäre nochmal sehr wichtig. Sie haben etwas von einer roten Linie gesagt und mir ist nicht ganz klar, welche rote Linie das ist. Wir haben diese Fälle kontinuierlich. Das ist die spannende Frage und man kann sagen: Wir haben Sie auch als Sachverständige benannt, weil Sie auch eine kritische Rolle zum Handeln der deutschen Bundesregierung eingenommen haben. Das ist auch gut so, weil wir genau in diesem Spannungsfeld uns bewegen und überlegen, was wir denn eigentlich tun. Das ist bei allen Ländern dasselbe. Wie weit sollen wir mit denen im Dialog sein? Wo ist die Grenze und was heißt denn dann „rote Linie“? Würde der Dialog abbrechen, würden wir dann bestimmte Dinge nicht mehr tun können, wenn wir nicht mehr über andere Friedensfragen – Atomabkommen – reden? Also, was würden Sie verlangen? Wo sagen Sie, ist der Punkt, und was sollten wir nicht mehr machen.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Lina, Sie haben das Wort für vier Minuten und danach Frau Soltani.

Sve **Lina Al-Hathloul**: Danke. Um Ihre Frage zu beantworten: Ich denke, das hängt ganz vom Kontext ab. Ich denke, Iran und Saudi-Arabien unterscheiden sich in diesen Zeiten, da wir einen Führer haben, der sich sehr um sein Image bemüht. Als Erstes können wir uns mit seinem Image befassen. Seit er an die Macht kam, haben wir diese Regierung, die das Narrativ pflegt, die Menschenrechte einzubinden, das heißt auch die Stärkung der Frauen, auch die Liberalisierung, auch nichtreligiöse Rechte usw. Daher ist das Wichtigste meiner Ansicht nach, der Regierung klarzumachen, dass wir ihr prinzipiell nicht glauben. Wie können wir das tun? Da gibt es viele Wege. Zum einen gibt es beispielsweise die gemeinsamen Erklärungen der Vereinten Nationen, die glücklicherweise von Deutschland unterzeichnet wurden. Ich glaube, wir müssen diesen Weg fortsetzen, und es gab bereits drei Erklärungen auf VN-Ebene, und augenscheinlich zögern sie in diesem Jahr, eine neue Erklärung zu den Verstößen von Saudi-Arabien zu verfassen. Wenn Deutschland also eine Erklärung im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen initiieren könnte, wäre dies ein deutliches



Zeichen für Saudi-Arabien, dass die Zeit nicht auf ihrer Seite steht und die Welt bei ihren Verstößen nicht wegsieht. Auf EU-Ebene haben wir den Mechanismus zur Sanktionierung von Personen unter dem Magnitsky Act. Das ist meiner Ansicht nach auch sehr wichtig. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass MBS direkt an der Ermordung eines Journalisten beteiligt war. Er ließ ihn zerstückeln. Ein persönliches Beispiel meiner Schwester: Einer der Männer, die sie in dem von ihr so bezeichneten Palast, im Grunde genommen eine Folteranlage in Saudi-Arabien, gefoltert hatten, war Saud Al-Qahtani, die rechte Hand von MBS. Er war dort und belästigte meine Schwester sexuell, schlug sie, erteilte ihr elektrische Schläge. Daher ist es meiner Ansicht nach kein Geheimnis mehr, dass MBS und seine Leute gegen alles verstoßen, und sie wissen, dass ihnen keine Konsequenzen drohen. Daher machen sie weiter und die Straflosigkeit macht sie nur noch stärker. Daher glaube ich, dass man Saudi-Arabien vermitteln muss, dass man den Aussagen keinen Glauben schenkt. Tatsächlich gibt es auch noch die Klage von Reporter ohne Grenzen hier in Deutschland gegen MBS, und es ist meiner Ansicht nach wichtig für Sie als Abgeordnete, in diesen Fällen Ihre Unterstützung zu zeigen und deutlich zu machen, dass Sie befürworten, dass Deutschland die Klage tatsächlich zulässt und die Beweise, die gegen MBS vorliegen, untersucht. Dies wäre eine Möglichkeit, um sein Vermögen in Ihrem Land einzufrieren, da ich wirtschaftlichen Sanktionen gegen ein Land nicht zustimme. Ich meine, es ist immer das Volk, das als erstes leidet, aber das Einfrieren von Vermögen der Führungsriege, die direkt beteiligt ist, ist ein sinnvolles Mittel. Schließlich ist es auch wichtig, die Namen der Menschen zu nennen, von denen Sie wissen, dass sie Opfer dieser Verletzungen sind. Meine Schwester wurde nur gerettet, weil wir ihren Namen bei jeder Anhörung, bei jedem Treffen, das wir hatten, genannt haben; tatsächlich sagte ihr Saud Al-Qahtani, als er sie das erste Mal in einem der Gefängnisse traf, ob sie wüsste, welche Strafe einen Verräter erwartet, und sie antwortete nicht, und er fragte, ob sie lieber die Todesstrafe oder eine lebenslange Freiheitsstrafe wolle. Sie glaubten also wirklich, dass niemand über sie sprechen würde. Und dann, Tag für Tag, begannen sie mit der Folter, nahmen sie aus der Isolationshaft. Druck wirkt.

Ich würde daher sagen: Üben Sie Druck auf die saudi-arabischen Machthaber aus, nennen Sie die Namen der Menschen, die immer noch willkürlich festgehalten werden, geben Sie öffentliche Erklärungen ab. Tatsächlich gab es zum Beispiel starke Gesten zum G20-Gipfel. Die Bürgermeister der großen Städte haben ihn boykottiert – Paris, New York, auch London. Berlin war leider nicht dabei, aber dies wäre eine Maßnahme gewesen, zum Beispiel. Ich denke, klare Botschaften wie diese schrecken unsere Machthaber auf, und es ist nicht so, dass sie plötzlich Menschenrechte achten würden, aber wenigstens hätten sie nicht mehr das Gefühl, sie kämen absolut straffrei davon und könnten ihre Verbrechen nach Belieben fortsetzen. Also ja: Druck, Druck, Druck.*

Sve **Neda Soltani**: Vielen Dank, Herr Schwabe. Vielleicht muss ich als erstes sagen: Ich kam vor elf Jahren als Geflüchtete nach Deutschland. Ich bin ein politisch verfolgter Mensch, der seit elf Jahren hier in Deutschland leben darf und die Einladung heute ist deswegen von großer Bedeutung. Ich glaube nicht nur für mich selbst, sondern auch für die Menschen, die aus aller Welt in Deutschland Zuflucht finden und Deutschland als zweite Heimat haben dürfen. Das erwähne ich auch, um zu sagen, dass ich wirklich der deutschen Sprache nicht so mächtig bin. Ich tue mein Bestes. Erstmal über Frau Taghavi: Sie ist eine Architektin aus Köln, die nie politisch aktiv gewesen ist. Sie war im Iran zu Besuch vor fast sieben Monaten und sie wurde verhaftet, ohne die Gründe zu wissen. Sie ist seit 202 Tagen in Haft, war letzte Woche zum ersten Mal im Gericht und durfte ihren Anwalt zum ersten Mal auch im Gericht sehen. Wir wissen nicht, was die Vorwürfe sind und wir wissen nicht, aus welchem Grund sie festgenommen wurde. Aber wir kennen die Geiselnahmepolitik der islamischen Republik und Frau Nahid Taghavi ist nicht die erste, noch wird sie die letzte sein. Das ist klar. Und wenn ich über die roten Linien und diese Menschenrechtsverletzungen gesprochen habe, dann ist das ein ausdrückliches Beispiel. Wenn ich darf, werde ich die Worte von Frau Taghavi zitieren – ich habe das nicht geschrieben, das ist nur in meinem Handy. Ich bin mit ihrer Tochter in Kontakt und sie hat mir genau diese Worte geschickt. Ich erlaube mir, das jetzt laut zu lesen.



Frau Taghavi sagt: „Ich bin körperlich zerstört. Ich muss ohne Kissen auf dem harten Boden schlafen. Die Rückenschmerzen sind unerträglich. Meine Haut ist wund und meine Haare fallen aus. Ich sitze den ganzen Tag alleine in einer kleinen Zelle. Diese Zellen sind, ich glaube, 1,5 Meter mal 3 Meter. Ich werde hier langsam sterben.“ Das ist ein Telefonat, das Frau Taghavi am Montag mit ihrer Tochter geführt hat. Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Ich glaube, uns ist klar, dass die Möglichkeiten der deutschen Regierung oder der Europäischen Union, die Entwicklungen in dieser Region, aber auch spezifisch im Iran, zu beeinflussen, in der Tat begrenzt sind. Aber wenn wir diese einzigartige Möglichkeit jetzt haben, wenn die deutsche Regierung gerade in Wien zusammen mit ihren Partnern mit Iran in Verhandlung eintritt, um das Atomabkommen wieder ins Leben zu rufen, dann ist das eine einzigartige Möglichkeit, wenigstens für jeden Schritt in dieser Aufhebung des Embargos von der iranischen Seite etwas für die Menschenrechte zu verlangen. Das ist es, was ich meinte. Wissen Sie, vor zwei Wochen gab es ein geleaktes Interview von Dschawad Sarif, dem iranischen Außenminister, und er hat nun bestätigt, was wir immer gesagt haben: Iran ist ein Ein-Mann-Staat. Wenn Deutschland und seine Partner in Wien gerade mit der iranischen Seite verhandeln, dann geschieht das nur mit der ausdrücklichen Bewilligung von Ali Chamenei. Herr Chamenei braucht diese Verhandlungen, um einerseits die repressive Politik im Iran voranzubringen, aber andererseits seine regionale Politik in dieser Region weiter zu verbreiten. Dass Iran sich gerade China und Russland zunehmend nähert, hat auch einen Vorteil für Iran, da China und Russland Iran bei den Vereinten Nationen in Schutz nehmen und unterstützen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt der Kollege Christopher Gohl für die FDP-Fraktion in der Konferenz das Wort.

Abg. Dr. **Christopher Gohl** (FDP): Herzlichen Dank. Zunächst bedanke ich mich bei all den Sachverständigen, zu denen ich viele Nachfragen habe. Besonders bei Frau Soltani und Frau Dr. Duchrow. Ich möchte mich trotzdem an Frau Al-Hathloul wenden. Lina Al-Hathloul, vielen Dank

nicht nur für Ihre Stellungnahme, sondern auch für Ihre inspirierende Fürsprache zur Verteidigung der Menschenrechte. Ich denke, Sie verstärken die Botschaft Ihrer mutigen Schwester. Wir sind sehr dankbar, dass wir heute im Parlament unseres Landes auf die Lage der Menschenrechts- und Frauenrechtsverteidiger in Saudi-Arabien aufmerksam machen können. Sie haben unseren Verdacht bestätigt, dass, entgegen der positiven Beurteilung der saudischen Vision 2030 seitens der deutschen Bundesregierung, sich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien in Wirklichkeit verschlechtert hat, seit Mohammed Bin Salman 2017 Kronprinz wurde. Auf Ebene der Regierungspolitik und -gewalt verstehen meiner Ansicht nach viele von uns die Notwendigkeit, strukturelle Menschenrechtsreformen zur Voraussetzung für eine künftige Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien zu machen. Sie haben auf die Maßnahmen hingewiesen, die wir in Betracht ziehen sollten, wie beispielsweise das Einfrieren des Vermögens des Kronprinzen. Ich möchte zwei weitere Aspekte der Menschenrechtslage in Saudi-Arabien erfragen. Zunächst zur Zivilgesellschaft und dem Dialog mit der Zivilgesellschaft: Sie haben uns in Ihrer Stellungnahme gebeten, Ihrer Stimme im Rahmen der Beziehung zur saudischen Regierung Gehör zu verschaffen und die saudische Zivilgesellschaft einzuladen, an unseren Gesprächen zu Saudi-Arabien teilzunehmen. Wie können Deutschland, Gesetzgeber, staatliche Organisationen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft besser und intensiver zuhören, um mehr über Saudi-Arabien zu erfahren und die Stimme der saudischen Zivilgesellschaft zu stärken? Mit wem können wir sprechen? Zweitens, und das ist mir besonders wichtig, in Bezug auf die einzelnen Menschenrechtsverteidiger: Ich habe ihre Situation in Saudi-Arabien mitverfolgt, seit ich im Januar 2015 Teil einer Bürgerinitiative in Tübingen wurde, die inzwischen im sechsten Jahr jeden Samstag eine Mahnwache in der Innenstadt abhält, um gegen die unmenschliche und rechtswidrige Behandlung von Raif Balawi, seinem Anwalt Waleed Abulkhair und Frauenrechtsaktivistin Samar Badawi, mit der ich zudem in einigen Anrufen sprechen konnte, sowie Fahad Al-Fahad zu protestieren. Welche Maßnahmen durch Deutschland, andere Länder und internationale Organisationen, wie



beispielsweise die Vereinten Nationen, hatten die positivsten Auswirkungen auf die Leben der eigentlichen Menschenrechtsaktivisten in und für Saudi-Arabien? Wie erreichen wir das? Was können wir tun, um ihr Schicksal zu erleichtern und, zweitens, was hilft ihnen, um den Kampf fortzusetzen und Anerkennung zu erfahren? Was können wir für die einzelnen Menschenrechtsverteidiger tun? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Lina Al-Hathloul, Sie haben das Wort.

SVe **Lina Al-Hathloul**: Vielen Dank für Ihre Fragen. Zum ersten Teil: Mit wem können wir sprechen? Es ist wahr, dass es in Saudi-Arabien inzwischen, und ich übertreibe nicht, praktisch keine Zivilgesellschaft innerhalb des Landes mehr gibt. Nachdem Mohammed Bin-Salam Kronprinz wurde, setzte er eine von uns so bezeichnete Staatssicherheit ein, die im Grunde seine private Polizei ist, und die das Land überwacht und willkürliche Festnahmen durchführt. Es gibt wortwörtlich nicht eine einzige Person, die jetzt frei sprechen kann, und, schlimmer noch, Menschen, die den Entscheidungen des Kronprinzen keinen Beifall zollen, werden inhaftiert. Das jüngste Beispiel ist ein berühmter Snapchatter vor wenigen Tagen. Jeden Tag erreichen uns solche Nachrichten. Der beste Weg, um die Zivilgesellschaft einzubinden, wäre meiner Ansicht nach, sich über die Menschen, die aus dem Land geflohen sind, und wir verzeichnen inzwischen viele Initiativen von Saudis, zusammenzuschließen. Zuvor waren es einzelne Aktivisten, die allein agierten und ihre Stimme erhoben. Jetzt gibt es eine stärker organisierte Diaspora, darunter auch, wie bereits erwähnt, die National Assembly Party, die praktisch eine neue, eine der wenigen politischen Partei bildet. Sie haben sich zusammengeschlossen, um eine Partei zu gründen, die keinen Inhalt hat, aber eine legitime Grundlage für diese Stimmen bildet. Sie werden sich also nicht zu bestimmten Themen äußern. Alles, was sie sagen werden, ist, dass wir gehört werden wollen. Einige der Mitglieder dieser politischen Partei an den Verhandlungstisch zu laden oder auch beispielsweise während dieser Anhörungen diesen Menschen Gehör zu schenken, wäre aus

meiner Sicht sehr wichtig, da Sie von den Menschen innerhalb des Landes niemals die Wahrheit erfahren werden. Was wir zum Beispiel erkennen können: Viele glauben, dass, bloß weil Frauen inzwischen zu Botschafterinnen ernannt werden, sich das Land öffnet. Aber dazu nenne ich Ihnen nur ein Beispiel: Die Botschafterin in Norwegen war Mitglied der Human Rights Commission, auch eine Institution, die der Schönfärberei dient. Sie besuchte meine Schwester im Gefängnis, als Loujain noch alle Verletzungen an ihrem Körper aufwies, und sie zitterte, und Loujain erzählte ihr alles, was sie durchgemacht hatte. Sie erzählte ihr, dass Saud Al-Qahtani dort war, und dann sagte Amal Al-Moallimi, die Botschafterin in Norwegen: Sehen Sie, Sie sind innerhalb des Landes, wir sind innerhalb des Landes, ich kann Ihnen nicht wirklich helfen. Danach wurde sie zur Botschafterin ernannt. Sie sehen also, dass selbst die Menschen, die die Bürger vertreten sollen, die ihnen helfen sollen, nichts wirklich sagen können, und sie gehen sogar offen mit der Tatsache um, dass es inzwischen unmöglich ist. Also, ja, bitte legitimieren Sie die Stimmen der Menschen, die gehört werden wollen, laden Sie sie an den Verhandlungstisch ein; wenn wir den Dialog mit den Saudis suchen, akzeptieren sie ihn nicht. Also sage ich immer: Wenn Sie den Botschafter sehen, können Sie bitte eine Nachricht weitergeben, denn er wird mich nicht direkt anhören. Ich glaube, eine Brücke zwischen uns und der saudischen Regierung ist das, was wir wirklich brauchen, denn sie wollen uns nicht anhören, und sie versuchen, einfach alles zu ignorieren, was wir sagen. Ich glaube, jede öffentliche Erklärung hat inzwischen eine Wirkung und tatsächlich auch eine direkte. Nach der Erklärung von Island im VN-Menschenrechtsrat wurden einige Frauen freigelassen, darunter Aziza Al-Youssef, Eman Al-Nafjan. Und wir sehen, dass sich jedes Mal, wenn eine öffentliche Erklärung abgegeben wird, die Bedingungen der politischen Gefangenen verbessern. Zum Beispiel – ich sage Ihnen das, weil wir es persönlich erlebt haben – ist es extrem schwierig, Informationen von anderen zu bekommen, da Saudi-Arabien vollständig überwacht wird und Menschen, auch meine Eltern, mit einer Ausreiseperrre belegt wurden, damit selbst die Familien der Inhaftierten, da sie



nicht reisen dürfen, nicht darüber sprechen können, was mit ihren Angehörigen geschieht. Auch sie werden mit dem Gefängnis bedroht. Die wenigen Beispiele also, die wir zu den Erklärungen haben: Wir haben alle dasselbe erlebt. Da gab es die erste Erklärung der Kongressabgeordneten in den USA, danach wurde Loujain aus der Isolationshaft entlassen. Wir sehen, dass öffentliche Erklärungen eine direkte Auswirkung haben, da, ich betone es noch einmal, Saudi-Arabien inzwischen ein ganz anderes Land ist. Zuvor konnte man mit Diplomatie noch etwas erreichen. Ich weiß, dass Menschen direkt mit der Regierung reden konnten, ohne an die Öffentlichkeit zu treten, und es konnte eine Wirkung haben. Aber MBS und seinem Team ist die Diplomatie egal. Ihnen ist nur ihr Image wichtig, ihr Erscheinungsbild. Erst wenn es also etwas gibt, das ihr Image befleckt oder beschmutzt, dann reagieren sie auf die Anschuldigungen. Wir wissen also inzwischen, wer Mohammed Bin Salman ist, es ist kein Geheimnis. Meiner Ansicht nach sollten wir weiterhin öffentlich die Freilassung der politischen Gefangenen fordern und die Verstöße offen ansprechen.*

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Die nächste Fragestellerin ist zu uns geschaltet in der Web-Ex Konferenz – Zaklin Nastic für DIE LINKE.

Abg. **Zaklin Nastic** (DIE LINKE.): Schönen guten Tag. Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, auch vielen Dank im Namen der Linken. Meine Fragen gehen an Herrn Pieper und Frau Duchrow. Wir befinden uns am Ende der Legislaturperiode. Die Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, das Fakultativprotokoll zum VN-Sozialpakt zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten zu ratifizieren. Seit zwei Jahren hören wir immer wieder und sprechen immer wieder darüber – im Ausschuss passiert ist nichts, obwohl die Bundesregierung vom VN-Sozialausschuss kritisiert wird, zum Beispiel auch im Hinblick auf die von Ihnen eingebrachten Einwände, Herr Pieper, unter anderem zur Einkommensarmut, aber auch dass die Hartz IV-Regelsätze endlich angepasst werden müssten, um das Existenzminimum zu sichern. Wir warten bis

heute, dass etwas passiert. Vielleicht werden die nächsten Monate entscheidend sein, dass etwas Bewegung für die Koalitionsfraktionen in diesem Bereich einsetzt. Herr Pieper, Sie sagten, Einkommensarmut spiele eine Rolle unter anderem für das Menschenrecht auf Wohnen, das Menschenrecht auf Gesundheit, auf Bildung. Es gibt neue Erhebungen in der Pandemiezeit in Großstädten wie Hamburg, Berlin, Köln, Bremen, dass Corona die ärmeren Menschen härter trifft. Unter anderem – ich würde Sie gerne zitieren – schreiben Sie, dass mit Abstand die stärkste Zunahme des Armutsrisikos vor allen Dingen in der Gruppe der Rentnerinnen und Pensionäre stattfindet. Unter ihnen wuchs die Armutsquote um 66 Prozent. Wie sind Ihre Vorschläge, welche politischen Maßnahmen müssten ergriffen werden, um diese Armut, dieses Gefälle, auch insbesondere in der Pandemiezeit endlich als einer der reichsten Staaten der Welt zu ändern, um die wirtschaftlich, sozialen, kulturellen Menschenrechte endlich zu garantieren. Und an Frau Duchrow: Wir als Linke haben einen Antrag eingebracht, der darauf abzielt, die Produktionskapazitäten für Impfstoffe gegen COVID-19 zu erhöhen. Sie haben kritisiert, dass die Bundesregierung sich im Rahmen der WTO nicht ausreichend für eine gerechte Verteilung von Impfstoffen einsetzt. Könnten Sie das bitte auch im Hinblick darauf ausführen, dass zum Beispiel die EU und Deutschland mit anderen westlichen Staaten die Patentfreigabe weiterhin blockieren? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann würde ich vorschlagen, Herr Dr. Pieper, Sie starten und dann schalten wir hier in den Ausschusssaal.

SV Dr. **Jonas Pieper**: Vielen Dank, Frau Nastic, für die Fragen. Ich beginne noch einmal mit einem kurzen Hinweis auf das Thema Altersarmut, was Sie angesprochen haben. Tatsächlich ist es so, dass wir eine Armutsquote von Rentnerinnen und Rentnern und Pensionärinnen und Pensionären haben, die 2019 bei 17,1 Prozent lag. Besonders besorgniserregend, das haben Sie angesprochen, ist hier vor allem die Tendenz. Im Vergleich zu 2016 gibt es eine Zunahme von 66 Prozent. Wenn man das mit anderen Gruppen vergleicht, dann gibt es bei keiner anderen Gruppe für diesen



Zeitraum einen so starken Anstieg. Noch ein zweiter Aspekt, der dabei interessant ist, ist die Geschlechterdimension. Die Armutsquote bei Frauen über 65 ist nochmal wieder deutlich höher als bei Männern. Also 17,4 Prozent versus 13,5 Prozent. Wenn Sie konkret nach Maßnahmen fragen, dann ist aus Sicht des Paritätischen wichtig, dass es eine steuerfinanzierte Mindestrente gibt für langjährig Beschäftigte, die tatsächlich auch der Vermeidung der Altersarmut dient. Das sehen wir jetzt bei der in dieser Legislaturperiode eingeführten Grundrente nicht so oder zumindest zum Teil nicht so. Es braucht außerdem Verbesserungen für Erwerbsgeminderte und es bräuchte auch der Gerechtigkeit halber einen Freibetrag für Leistungen der Rentenversicherungen in der Grundsicherung. Ich komme gleich noch einmal zu allgemeinen Vorschlägen, was das Thema Armut in Deutschland angeht, möchte aber auch das Stichwort Armut und Gesundheit aufgreifen, weil Sie das angesprochen haben. Wir wissen aus einer ganzen Reihe von Studien – und die Lage ist da relativ deutlich – dass die Gesundheit in Deutschland stark vom Einkommen abhängt. Nicht zuletzt verweist darauf auch der aktuelle Entwurf des sechsten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Wenn man sich beispielsweise die Lebenserwartung anschaut als einen ganz zentralen Indikator hierfür, dann sehen wir, dass die Lebenserwartung ab der Geburt sich unterscheidet hinsichtlich der niedrigsten und höchsten Einkommensgruppe um 4,4 Jahre bei Frauen bzw. um 8,6 Jahre bei Männern. Hinzu kommt, dass Menschen mit höherem Einkommen nicht nur länger leben, sondern auch mehr Lebensjahre in guter Gesundheit haben. Die Corona-Pandemie ist hier ein aktuelles Beispiel. Die COVID-Sterblichkeit lag im letzten Winter – in der Phase, als die höchsten Todeszahlen pro Woche, pro Tag, zu vermelden waren – in sozial stark benachteiligten Region um 50 bis 70 Prozent höher als in Regionen mit geringer Benachteiligung. Was allgemeine Forderungen oder allgemeine Maßnahmen angeht, die zur Bekämpfung und nach unserer Vorstellung auch zur Abschaffung von Einkommensarmut in Deutschland führen würden, sind das die Anhebung der Regelsätze in Hartz IV und weiteren existenzsichernden Sozialleistungen auf

mind. 644 Euro und die Stärkung der Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung, denn für einen Großteil – für zwei Drittel der Arbeitslosen – spielt die Arbeitslosenversicherung gar keine Rolle. Hier braucht es eine Stärkung je nach dem Ausbau der Schutzfunktion. Wenn ich noch einmal einen Blick auf Kinder richte, dann braucht es da eine Einführung einer Kindergrundsicherung, also ein Kindergeld, das in existenzsichernder Höhe ausgezahlt wird und mit steigendem Einkommen der Eltern abgeschmolzen wird. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann Frau Dr. Duchrow hier im Saal.

SVe Dr. **Julia Duchrow**: Vielen Dank, Frau Nastic. Sie hatten mich zu dem zweiten Punkt gefragt. Ich möchte aber ganz kurz auch auf Ihre erste Frage an Herrn Pieper eingehen. Wir werden mit anderen Menschenrechtsorganisationen am 11. Mai – also nächste Woche – ein Papier veröffentlichen, wo wir auch noch einmal darstellen, warum es Menschenrechte als Leitplanke in der Bekämpfung der Pandemie braucht. Wir wollen einen „Kompass Menschenrechte“ vorstellen, und da haben wir auch angeschaut, wie die Maßnahmen indirekte Wirkungen auf bestimmte Gruppen und vulnerable Gruppen haben. Das hat Herr Pieper sehr gut dargestellt. Ich will auch noch einmal sagen, dass gerade Frauen besonders betroffen gewesen sind – weltweit im Gesundheitssystem, aber auch in Deutschland – weil sie in Pflegediensten, Gesundheitsdiensten, aber auch in den anderen Bereichen wie Supermarktketten usw. arbeiten – und natürlich im Bereich der häuslichen Gewalt. Insofern müssen Maßnahmen staatlicher Art dann auch wirklich auf die indirekten diskriminierenden Wirkungen der Maßnahmen eingehen. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass man auch betroffene Menschen aus den Gruppen in Entscheidungen zur Pandemiebekämpfung einbezieht, um damit eine Akzeptanz zu stärken und auch sicherzugehen, dass man auf die Bedürfnisse eingeht. Jetzt zu der Frage der internationalen Impfstoffgerechtigkeit: Da ist es so, es gab eine Initiative, dass man gesagt hat, es wird einen Pool geben von Impfstoffen in dieser Covax-Initiative. Aber dann haben die



unterschiedlichen Staaten Einzelverträge mit den Herstellern gemacht, so dass sich die Verteilung der Impfstoffe extrem unfair darstellt. Deswegen fordern wir drei Punkte: Dass man erstmal weiterhin die Covax Initiative bedient und stärkt, Impfstoffe in einen Pool gibt, aber das man auch gleichzeitig die Patentrechte aussetzt für die Covid-Impfstoffe, Medikamente usw. innerhalb der WTO. Das ist sehr wichtig und da gibt es eine Initiative von Südafrika und Indien, um diesen TRIPS-Waiver auszusetzen, und Deutschland und gerade die EU haben da eine Blockadehaltung, die es aufzugeben gilt. Letzter Punkt, der an der Stelle wichtig ist: Deutschland muss mit den Pharmaunternehmen in einen Dialog kommen. Es gibt einen – also ich nenne jetzt die Fachausdrücke – C-TAP-Pool, in dem das Know how um die Herstellung von Impfstoffen geteilt wird durch Pharmaunternehmen, um so in einer wirklich globalen Pandemie den Impfstoff gleichermaßen zugänglich zu machen. Es ist ganz klar: Wir werden die Pandemie hier nur überwinden, wenn sie natürlich überall überwunden sein wird. Insofern ist das ein ganz wichtiger Punkt.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Die Kollegin Margarete Bause für die Grünen.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an Frau Duchrow und die zweite an Herrn Roller. Frau Duchrow, Sie haben sich in Ihrer schriftlichen Stellungnahme sehr ausführlich mit dem menschenrechtlichen Engagement der Bundesregierung auf VN-Ebene auseinandergesetzt und da wollte ich Sie fragen, wie Sie das strategische Vorgehen der Bundesregierung bewerten. Wir haben jetzt sowohl am Beispiel Iran, als auch am Beispiel Saudi-Arabien gehört, dass man sich eigentlich eine nachhaltigere strategische Perspektive wünschen würde, was das Dranbleiben an den Themen und die verschiedenen Instrumente angeht. Da würde ich Sie nach Ihrer Bewertung fragen wollen. Vielleicht gibt es auch gute und positive Beispiele, an denen man sich orientieren kann. Die zweite Frage ist die EU-Ebene. Da haben Sie zurecht in Ihrer schriftlichen Stellungnahme kritisch die Flüchtlingspolitik der EU

angesprochen. Da wollte ich Sie fragen, was aus Sicht von Amnesty im neunten Asyl- und Migrationspakt der Europäischen Union verankert werden muss, wie also ein menschenrechtskonformer Vorschlag aussehen müsste. Noch einmal in Bezug auf Frontex – auch das haben wir vielfach hier im Ausschuss diskutiert, die Menschenrechtsverletzungen, die völkerrechtswidrigen Pushbacks durch Frontex. Wie müsste eigentlich so ein Monitoring-System ausgestattet sein, um tatsächlich Menschenrechtsverletzungen vorbeugen zu können. Und meine Frage an Herrn Roller: Ich wollte Sie noch zur sexuellen Ausbeutung insbesondere von Frauen fragen, auch noch einmal nach gesetzlichen Schutzlücken, nach gesetzlichen Regelungen und Hilfsangeboten, die diese Frauen hier bei uns schützen könnten, insbesondere was zum Beispiel das Aufenthaltsrecht angeht. Das ist oft der Punkt, warum diese Frauen sich gar nicht trauen, zur Polizei zu gehen, weil sie befürchten, dann ausgewiesen zu werden. Sehen Sie hier Handlungsmöglichkeiten, einen Handlungsauftrag auch an die Bundesregierung? Eine zweite Frage im Zusammenhang mit Arbeitsausbeutung: Wir haben immer wieder die Diskussion um die Situation in der Fleischindustrie, die Saisonarbeiterinnen in der Landwirtschaft – was muss hier passieren, um die Opfer besser zu schützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte hier auch einklagen zu können?

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Dr. Duchrow, Sie haben wieder das Wort.

Sve Dr. **Julia Duchrow**: Vielen Dank. Das Handeln der Bundesregierung im multilateralen Bereich oder VN-Menschenrechtsrat ist unterschiedlich zu bewerten. Wir haben von Frau Al-Hathloul gehört, wie wichtig es ist, dass es Statements gegen die Menschenrechtsverletzungen von bestimmten Staaten gibt. Das trifft diese Länder und da hat die Bundesregierung eine sehr, sagen wir mal, unterschiedliche Taktik. Jüngst hat sie bei Sri Lanka, bei Äthiopien, bei Ägypten 2015 Statements mitgetragen. Was uns aber auffällt: Ein Beispiel sind die Philippinen. Da hatte die Bundesregierung dann nicht nachgelegt mit weiteren Resolutionen. Die



Menschenrechtssituation hat sich trotz des Statements in dem Land nicht verändert, und das wird nicht nachgehalten. Das Beispiel Philippinen zeigt: Dort wurde ein Bericht über die Menschenrechtssituation eingefordert, der dann wirklich eklatante Menschenrechtsverletzungen deutlich gemacht hat, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sogar benannt hat, und die wurden dann vorgestellt vor dem VN-Menschenrechtsrat. Aber dann gab es keine weitere Resolution, die sagt, so, jetzt holen wir robustere Mittel, benennen eine Sonderberichterstatterin, oder wir beschließen Special Procedures machen, um investigativ die Menschenrechtssituation zu überprüfen. Sondern das hat dann nachgelassen und so etwas schwächt den Menschenrechtsrat insgesamt. Es ist sehr wichtig, dass es eine klare Strategie der Eskalation von bestimmten Maßnahmen gibt, die dann auch angewendet werden, um zu zeigen, was der Menschenrechtsrat kann. Wegen der Zeit würde ich jetzt noch einmal auf die Asylfragen eingehen. Der Migrationspakt, der von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde, ist aus unserer Sicht sehr problematisch. Deswegen hat es mich auch sehr geärgert, dass er im Bericht der Bundesregierung so positiv benannt wurde. Das zeigt, dass das Teile sind, die das Bundesinnenministerium mitschreibt. Da müsste man auch noch einmal hingucken, ob da eine kohärente Politik gemacht wird. Das große Problem des Migrationspaktes ist einerseits, dass durch den Pakt Vorschläge gemacht werden, wie man Screening-Verfahren an den Außengrenzen durchführt, die dazu führen, dass es Schnellverfahren gibt, um die Schutzgesuche zu prüfen. Es ist so, dass es verschiedene Maßnahmen gibt, die dazu führen, dass ohne das Recht der Bewegungsfreiheit weitere Überprüfungen stattfinden. Bis zu sechs Monaten kann diese Situation an den Außengrenzen für jemanden dauern. Es ist klar: Diese fehlende Bewegungsfreiheit wird nur durch Haft durchgesetzt werden können. Das andere sind die beschleunigten Verfahren ohne effektiven Rechtsschutz. Das weitere ist: Es gibt einen Vorschlag in der Asylverfahrensordnung, in der Screening-Verordnung nach Artikel 7, wonach ein Monitoring-Mechanismus für Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen eingeführt werden soll. Aber der ist ganz schwach formuliert. Das sollte eingeführt

werden bei den unterschiedlichen Mitgliedstaaten und angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen, von denen wir so viele dokumentiert haben, auch als Amnesty International. Es ist klar, dass es verbindliche, zwingende Regelungen für die Überprüfung von Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen braucht. Es muss auch klar sein, wenn welche festgestellt werden. Dafür braucht es klare Regeln, wie dann die Behörden, wie Sicherheitskräfte zur Rechenschaft gezogen werden. Wie es jetzt ausgestaltet ist, fehlt uns das. Insofern wird es in der folgenden Legislaturperiode wichtig sein und auch schon jetzt in den Verhandlungen, diese Probleme aus dem Pakt zu lösen. Wir finden den Migrationspakt wirklich nicht menschenrechtskonform und sehen ihn als extrem problematisch an.

Die Vorsitzende: Dankeschön. Dann hat jetzt Herr Roller in der Konferenz das Wort.

SV Dietmar Roller: Wir sehen im Moment zwei Trends: Zum einen kommen immer wieder Frauen auf uns zu, die gerne zurückgehen würden in ihr Heimatland, zum Beispiel Rumänien, und wir merken, dass da die gesamte Struktur der Zusammenarbeit der einzelnen Länder in der EU im Moment überhaupt nicht kompatibel ist und stimmt. Das heißt, dass da sehr hohe Hürden sind für viele Frauen, den Weg zurück zu schaffen. Das zeigt sich vor allen Dingen auch darin, dass zum Beispiel von der sozialen Gesetzgebung her kaum Traumabehandlungen, eine Begleitung zurück oder auch eine Aufnahme vor Ort gegeben sind. Das ist eine Seite, wo wir sehen, da ist noch viel zu tun, da ist viel offen. Das andere ist, dass wir Frauen sehen, die Angst haben, zum Beispiel ihre Peiniger vor Gericht zu bringen, weil sie keine Anerkennung haben – vor allen Dingen mit dem Migrationshintergrund – und von daher dann lieber schweigen und erdulden. Da müsste man eine vorgezogene Anerkennung von Menschenhandel in solchen Fällen unbedingt installieren. Das andere, was uns große Sorgen macht, ist, dass wir in Deutschland immer noch in einem relativ großen Silodenken sowohl im Rechtssystem, als auch in der sozialen Gesetzgebung unterwegs sind. Das heißt, dass es



oft auch selbst in Deutschland inkompatibel ist, zwischen den einzelnen Bereichen an einem runden Tisch zusammenzuarbeiten. Das heißt, wir bräuchten doch sehr viel mehr runde Tische, wo die Zivilgesellschaft, die sozialen Dienste, die Polizei und die Staatsanwaltschaften zusammen sitzen. Familienrichter kriegen es oft gar nicht mit, auch gerade wenn es um sexuelle Ausbeutung von Kindern geht, was auf der sozialen Seite getan wird oder was das Sozialamt manchmal tut. Ähnliches ist auch bei Frauen, dass es da oft zu viele Lücken in der Kommunikation miteinander und beim gemeinsamen Vorgehen gibt, was unbedingt notwendig wäre, um solche Frauen entweder zu integrieren oder ihnen zu helfen, dorthin zurück zu gehen, wo sie herkommen. Da sehen wir zum Beispiel in UK, in den Niederlanden ganz andere Ansätze, und ich glaube, da könnten wir in Deutschland noch sehr viel lernen an dem Punkt. Ganz wichtig wäre eine Anerkennung vor allen Dingen im Migrantinnenbereich von Frauen, die durch Menschenhandel betroffen sind, und das ist eine große Anzahl, wenn man sieht, was für ausgeklügelte Menschenhandelsstrukturen von Khartoum auf der einen Seite und auf der anderen Seite bis nach Benin vorhanden sind, wo komplette Infrastrukturen von Station zu Station sind, die ganz gezielt genutzt werden, um die Frauen hierher zu kriegen. Nur, dann sind sie hier gestrandet, können nicht mehr oder nur sehr schwer zurück, und hier erhalten sie keine Anerkennung und bleiben dann in dieser oft katastrophalen Zwangsprostitutionssituation und ertragen es lieber, als dass sie wieder in eine noch schwierigere Situation zurückgeschickt werden. Wenn wir zur Arbeitsausbeutung kommen, sehen wir auch da im Moment verschiedene Trends. Das eine ist professionelles Betteln, das zunimmt. Da werden zum Teil auch in dieser Art der Arbeitsausbeutung jugendliche Minderjährige eingesetzt. Wir hatten schon Fälle, wo Babys aus Rumänien an bettelnde Frauen gegeben wurden, damit die Wirkung größer ist. Das heißt, da gibt es auch neue mafiöse Strukturen, die sich im Moment formieren, in ganz Europa übrigens. Was wir zum Teil auch auf Berlins Straßen sehen, ist eine massive Ausbeutung, die oft auch mit sexueller Ausbeutung einhergeht, wenn Frauen tagsüber betteln und dann zum Teil auch sexuell ausgebeutet werden. Wenn wir in die

Fleischindustrie oder auch Landwirtschaft schauen, dann müsste man zum einen den Mindestlohn ganz klar durchsetzen. Und zum Teil gibt es auch eine Art Straflosigkeit, weil keiner so genau hinschaut. Das heißt, da müsste man auch seitens der Polizei und von den Kräften her robuster vorgehen, um auch im landwirtschaftlichen Bereich zu prüfen: Wird der Mindestlohn bezahlt? Gibt es die Standards? Sind die Betroffenen registriert bzw. haben sie auch eine Unterkunft? Und vor allen Dingen: Wird ihnen auch der Lohn bezahlt? Ich habe in Rumänien kürzlich mit fünf Roma-Männern gesprochen, die hier auf einer Baustelle in Berlin ein halbes Jahr gearbeitet haben und dann einfach ohne Lohn entlassen wurden. Die können die Sprache nicht, die wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen. Auch da es kaum Anlaufstellen gibt, die die Menschen finden. An den Punkten müsste man sehr viel robuster und klarer vorgehen.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank. Wir gehen in unsere nächste Fraktionsrunde und Frank Heinrich für die Union stellt in der Konferenz die nächste Frage.

Abg. **Frank Heinrich** (Chemnitz) (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank. Bevor ich eine Frage stelle: Herr Dr. Gohl – Sie sind ein neuer Kollege und haben offensichtlich heute Ihren ersten Tag im Deutschen Bundestag. Ich bin ganz begeistert. Herzlich Willkommen im spannendsten Ausschuss des Deutschen Bundestages. So viel einfach an den neuen Kollegen in unserem Ausschuss. Herr Lessenthin, Sie haben auf die Türkei Bezug genommen, auf die Frage von meinem Kollegen Brand hin. Sie sind ganz stark auch mit dem Iran unterwegs und mit Themen dort. Welche Maßnahmen sind da zu empfehlen, zu denen Sie uns anstacheln würden? Dann noch einmal eine Rückfrage zu den digitalen Technologien: Da würde ich gerne wissen, wie Sie diese hauptsächlich von China geförderte Form und auch dort umgesetzte Art im Bereich von Menschenrechten einschätzen, möglicherweise Ihre Besorgnis. An Herrn Roller habe ich ebenfalls drei Fragen. Das eine – Sie erwähnten das Brennglas – ist fast eine rhetorische Frage: Hat sich die Lage tatsächlich durch Corona verstärkt?



Oder ist die Decke weggezogen worden? Hat sich auch möglicherweise etwas verschoben, je nachdem wie stark Länder betroffen und einbezogen worden sind. Liegt da möglicherweise sogar eine Chance, jetzt auch besser hinzugucken? Das ist auch die Frage nach dem Brennglas. Die zweite Frage geht in Richtung der internationalen Arbeit. Sie sprachen von den Philippinen – da möchte ich gerne wissen, wie die anderen Länder dazu stehen, wie China? Worauf müssten wir explizit den Finger legen. Bei Straflosigkeit haben Sie es angesprochen. Das heißt, wir sind noch nicht gut genug, nicht ausreichend, aber ich würde gerne wissen, wo können wir noch besser die Strukturen mit Akteuren der Zivilgesellschaft, der Politik auch international verknüpfen. Letzte Frage: Wo sehen Sie Hoffnungszeichen, wo hat sich möglicherweise auch etwas verändert?
Danke.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Dann hat zunächst Herr Lessenthin das Wort und dann Herr Roller.

SV Martin Lessenthin: Ich beginne mit der Frage zu China. China ist uns allen als der totale Überwachungsstaat bekannt. Jeder Mensch ist dort gescannt und das wissen wir aus den vergangenen Jahren, in denen wir versucht haben, mit Opfern und ihren Anwälten zu kommunizieren. Inzwischen wird das Festlandchina-System Hongkong übergestülpt. Auch in Hongkong erleben wir, dass der Mensch zur Nummer geworden ist. Jeder Hongkong-Chinese muss davon ausgehen, dass er die begrenzten Freiheiten, die hier noch gewährt waren, in diesen Tagen und Monaten verliert. Die neuen Nachrichten aus 2020 und 2021 zeigen uns, dass die letzten Freiheiten konsequent abgebaut werden. Es begann mit den Medien, die nunmehr gleichgeschaltet sind, und denjenigen, die in den Medien gearbeitet haben, und es nähert sich nun auch den religiösen Gemeinschaften, die in Festlandchina schon lange verfolgt waren, jetzt aber die gleiche Repression in Hongkong erdulden müssen. Dabei ist das besondere Problem die hohe Technisierung, die gegen den Menschen eingesetzt wird. Als Menschenrechtler warnen wir immer davor, China auch noch mit zusätzlicher Technologie auszustatten, die Menschen gefangen nehmen und überwachen kann. Wir denken da

zum Beispiel an elektronische Systeme, die im Rahmen von Laogai-Camps eingesetzt werden und nicht nur bei denen, die uns in den vergangenen Jahren so bewegten, wenn es um das Schicksal der Uiguren gegangen ist, sondern auch um die Systeme, die rund um Fabriken errichtet werden, in denen solche Menschen arbeiten, die das nicht wie der „normale“ Chinese für Lohn und Beruf tun, sondern die dort zwangsmäßig arbeiten müssen. Es waren namhafte deutsche Hersteller, die dazu beigetragen haben, solche Technik zu liefern. Die andere Frage ist natürlich, inwiefern chinesische Überwachungstechnik auch anderen nutzbar gemacht wird, die das außerhalb von China, Hongkong benutzen. Inwieweit betrifft das auch uns als hier lebende Menschen, als Verbraucher in Deutschland. Wir sind sehr skeptisch, was den Einsatz von entsprechender Kommunikationstechnik in Deutschland und in der EU angeht und können auch hier nur sagen: Lasst uns vorsichtig sein und lasst uns in der Lage bleiben, alle diese Dinge ohne chinesische Technologie abzuwickeln. Die Fragen nach Türkei und Iran: Zur Türkei hatte ich vorhin schon kurz angerissen – wir haben im Rahmen der Pandemie erlebt, dass die Pandemiemaßnahmen gegen Minderheiten eingesetzt werden. Dies scheint eine ganz bewusste Strategie zu sein, wo ein autokratisches System und eine Diktatur von der anderen lernt. Es gibt sehr viele Parallelen, egal ob es sich um eine kommunistische Ein-Parteien-Diktatur handelt, die das auf Kuba tut, oder eine islamistische Regierung, wie die iranische. Leider hinkt Herr Erdogan, der immerhin einen NATO-Staat vertritt, an dieser Stelle kaum hinter dem Entwicklungsniveau von Herrn Chamenei oder den Castro-Nachfolgern hinterher. Das ist eine sehr bedrohliche Geschichte und deswegen denken wir auch, dass das Aufzeigen der roten Linien – wir haben da im Zusammenhang mit Iran vorhin drüber gesprochen – ganz wichtig ist, dass das hier auch mal statuiert wird. Deutschland hat beim Iran an dieser Stelle Konsequenzen ergriffen. Das wissen dann auch die anderen, denn sie lernen im Hinblick auf ihre Maßnahmen der Unterdrückung genauso wie im Hinblick auf die Folgen, die das haben kann, wenn demokratische Staaten an dieser Stelle auch einmal zeigen, wo eine rote Linie ist. Ich habe nur noch eine ganz kurze Bemerkung zum Thema Menschenhandel, bei dem wir uns sehr mit dem Schicksal von



Kindern und von Frauen, die quasi als Ware gehandelt werden, beschäftigt haben. Was wir bisher noch ausgeklammert haben, ist das Verleihen von Arbeitssklaven, wie es zum Beispiel systematisch von Nordkorea aus betrieben wird. Arbeitssklaven, die nicht nur in der Holzwirtschaft in Sibirien oder in Katar auf Baustellen schufteten, wo dann Sportveranstaltungen stattfinden sollen, sondern die bedauerlicherweise auch innerhalb der EU, nämlich in Polen, zu Hunderten in der Landwirtschaft und der Werftindustrie eingesetzt werden. Hierzu schweigt auch die Bundesregierung und dies nicht nur im Hinblick darauf, dass es hier um einen NATO-Staat wie die Türkei geht, sondern um einen EU-Partner, der in direkter Nachbarschaft zu uns ist.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Roller, Sie haben das Wort.

SV Dietmar Roller: Ich kann dem nur zustimmen. Vereinzelt findet man diese Menschen aus Nordkorea sogar selbst hier in Deutschland in Restaurants, wo die dann irgendwo verschwinden. Nochmals zur sexuellen Ausbeutung, Livestream im Internet und Corona: Zum einen Europol und MEC – also dem National Center for Missing & Exploited Children – die beides ganz genau beobachten. Auch wir haben in unserem Fusioncenter, wo wir auch undercover investigativ unterwegs sind, eine enorme Zunahme und Zugriff auf entsprechende Seiten durch Corona feststellen können. Das sind natürlich erst einmal nur indirekte Indizien, aber sie machen klar, dass diese Art der Ausbeutung und vor allen Dingen die Zweitverwertung dieser Ausbeutung zugenommen hat. Auf den Philippinen bei PICACC, das ist das Philippine Internet Crimes Against Children Center, wo wir auch sehr stark mit den Polizeikräften vor Ort zusammenarbeiten stellen wir fest, dass wir im Monat etwa 5.000 Anfragen von Diensten von der ganzen Welt zu Kindern haben, von denen sie sagen, dass sie eigentlich von den Philippinen kommen müssten. Pro Monat 5.000 Anfragen – das sind dann Bilder, die Explizites darstellen und die aber auch im Hintergrund investigativ zu benutzende Dinge zeigen, die eindeutig auf die Philippinen hinweisen. Das heißt, wir können

davon ausgehen, dass einerseits Corona den Rand verstärkt hat. Wir befürchten auch, dass Corona nicht nur den Rand verstärkt hat, sondern dieses Phänomen in eine Normalisierung überführt hat. Das heißt, sexuell-pädophile Kriminelle haben immer schon Netzwerke gebildet und waren in bestimmten Regionen aktiv. Wenn die Region nicht mehr ging, sind sie in die nächste gewechselt. Man merkt jetzt, dass diese Art der Ausbeutung genauso die eigenen Triebe befriedigt und gleichzeitig risikoloser ist. Von daher befürchten wir, dass sich das verfestigt. Wir sehen auch, dass es in verschiedenen Ländern – auch in Rumänien, Thailand, Indien, Brasilien – stärker zunimmt. Das ist die eine Beobachtung. Die andere Beobachtung ist, dass wir aber auch sehen – und da ist durchaus auch etwas Positives drin, dass wir durch Corona auch merken, dass die Aufmerksamkeit sehr viel stärker auf dieses Phänomen gelenkt wird. Das ist eine Chance. Ich habe es vorher schon gesagt, dass wir in Deutschland noch sehr viel im Silodenken unterwegs sind. Zum Beispiel ist Deutschland auch nicht beteiligt an PICACC, wo UK, Australien und andere direkt mitwirken. Wir wünschten uns, dass wir da nicht nur indirekt, sondern direkt mit beteiligt wären. Da gibt es sicher noch einiges zu tun. Ich würde sagen, für Europa wäre es sicher interessant, etwas in Anlehnung an das, was die Amerikaner mit dem National Center for Missing & Exploited Children haben, zu gestalten und dass wir Deutschen uns daran auch massiv und maßgeblich beteiligen. Das ist auch durchaus ein Hoffnungsschimmer – weil das in der Diskussion da ist, und ich glaube, dass wir an dem Punkt in den nächsten Monaten auch noch mehr sehen werden. Ein weiterer positiver Aspekt, den ich sagen will, ist, dass das BKA Ressortbeamten zu diesem Thema speziell in Südasiens und Südostasien einsetzt. Das ist auch neu. Bisher war das noch nicht so der Fall, so dass da auch ein direkterer Kontakt da ist. Aber wir sollten nicht denken, dass dieses Phänomen auf die Philippinen beschränkt ist, sondern wir müssen davon ausgehen, dass wir auch mehr Fälle in Deutschland haben werden. An dem Punkt ist es sehr wichtig, dass wir nicht nur offen sind. Das, was online geht, ist im Moment so schnell und verändert sich so schnell, dass das Rechtssystem und die Rahmenbedingungen oft nicht hinterherkommen. Da ist es durchaus



wichtig, dass wir eine sehr viel schnellere Gangart auch in der Anpassung haben. Da wünschte ich mir auch noch sehr viel mehr Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und nicht nur Politik, sondern auch Polizei und anderen Kräften. Da sind wir in Deutschland noch nicht so weit, wie das zum Beispiel in den Niederlanden oder in Großbritannien ist. Da sollten wir, wenn es um Bündnisse wie gemeinsam gegen Menschenhandel geht, unsere Expertise zusammenbringen und mit weniger Scheu zusammenarbeiten.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Der Kollege Braun für die AfD hat das Wort.

Abg. **Jürgen Braun** (AfD): Dankeschön, Frau Vorsitzende. Die Probleme, um die es geht, sind sehr vielschichtig weltweit. Und ich wollte nur kurz darauf hinweisen, dass 2015 niemand in der Bundesregierung einen Zweifel daran hatte, dass selbstverständlich keine Terroristen unter den Flüchtlingen sind. „Keine Terroristen unter den Flüchtlingen“, das hat man selbst nach den Anschlägen in Paris noch mehrfach gesagt. Heiko Maas hat das gesagt. Angela Merkel hat das gesagt. Es ist nur widersprochen worden von einem Herrn Söder, der damals Finanzminister in Bayern war, aber der ist nicht Teil der Bundesregierung. Das einmal zu unbestrittenen Fakten in diesem Zusammenhang. Die Bundesrepublik Deutschland behauptet, sie würde dem Staat der Juden in Israel helfen, und zwar vorrangig, und da gäbe es eine besondere Verpflichtung. Nun stimmt die Bundesrepublik Deutschland in der VN massiv, und zwar immer, immer wieder, gegen Israel bei allen möglichen Abstimmungen in einer Weise, die sonst kein Staat der Welt in dieser negativen Form erlebt. Und das findet auch zum Beispiel im Menschenrechtsrat entsprechend statt. Ich frage jetzt einmal Herrn Berger: Wie erklären Sie sich diesen eklatanten Widerspruch in der Politik der Bundesregierung gegenüber den offiziellen Parolen, auch von Heiko Maas und anderen, gegenüber dem tatsächlichen Verhalten? Und dann das zweite Thema. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz wird von der Kommunistischen Partei Chinas als vorbildlich gepriesen, unter anderem im UPR-Verfahren in Genf, also im Menschenrechtsrat der Vereinten

Nationen. Wie erklären Sie sich dieses Lob Chinas für Handlungsweisen eines deutschen Parlaments und der deutschen Regierung bzw. Handlungsweisen von Facebook, Google, Twitter usw. Was hat das noch mit den Menschenrechten zu tun? Es geht hier um die Meinungsfreiheit.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Berger, Sie haben das Wort.

SV Dr. Dr. **David Berger**: Vielleicht ganz kurz: Ich bin in einer Achtundsechziger Familie groß geworden, linksorientiert, der Vater Sozi, habe damals noch für Helmut Schmidt Plakate geklebt, und da war ich es gewohnt, dass Israel das böse Land ist, das die armen Palästinenser unterdrückt. Das war üblicher Jargon dort. Und das sehe ich doch so sich fortsetzen in politischen Untertönen, die immer wieder kommen. Dass man eine gewisse Aversion gegen Israel hat, vor allem auch unter den Linken, das merkt man, wenn die Sympathien für den Al-Quds-Marsch zum Vorschein kommen und man den zum Beispiel in Berlin nicht verbieten möchte. Auch der Regierende Bürgermeister ist jetzt nicht durch seine Israelfreundlichkeit bekannt. Das hängt zusammen mit vielen Israelis, dem kapitalistischen Staat, den armen Muslimen, die zunehmend in der Logik des Klassenkampfes die Rolle der Arbeiter eingenommen haben und deswegen die unterdrückte Klasse sind, deswegen auch die ganze Rassismuskonversation, die eng mit der Islamdiskussion verknüpft wird, und nimmt eine ganz zentrale Rolle ein. Das ist im Grunde genommen eine alte Geschichte und das wiederholt sich immer wieder. Nicht komplett gesehen. Das heißt, es gibt auch Linke und Grüne, die sich ganz bewusst für Israel einsetzen. Ich denke da an Volker Beck, der jetzt nicht mehr im Bundestag ist, aber der unter den Grünen ein leuchtendes Beispiel dafür gegeben hat, dass man durchaus links-grün orientiert und für Israel sein kann und ganz entschieden gegen den Antisemitismus auftreten kann. Ich würde mir wünschen, das würde sich da insgesamt stärker durchsetzen. Zu der Frage Zensurscreening: China ist da ganz weit, haben wir gerade gehört, bei der Überwachung der Menschen. Gleichzeitig bringt diese Überwachung der Menschen natürlich auch eine Eindämmung von Menschenhandel mit sich.



Wenn ich eine komplette Überwachung habe, wenn es kein Bargeld mehr gibt, dann kann ich stärker die Menschen überwachen, kann Kriminalität bekämpfen. Das ist die eine Seite der Medaille, die wir alle unterstützen würden, weil wir sagen, das bringt natürlich etwas, wenn man das konsequent durchsetzt. Aber wir haben einen ähnlichen Konflikt, wie wir ihn vorhin hatten zwischen den offenen Grenzen, dem Menschenrecht oder dem postulierten Menschenrecht auf Immigration und gleichzeitig den Import von Terroristen, von Prostitution usw. und hier, der kompletten Überwachung des Menschenrechts auf Individualität und gleichzeitig der Eindämmung von Kriminalität. Wir sehen derzeit die Tendenz durch die Coronamaßnahmen und nicht durch Corona – es ist kein Virus, der uns dazu anhält, den Föderalismus langsam abzuschaffen oder zum Beispiel das Briefgeheimnis einzuschränken – Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken, Grundrechte, die auch Menschenrechte sind, aufzuheben, und da kann China durchaus natürlich ein Vorbild sein. Das ist eine Sache, die ganz deutlich sich schon vor Corona abgezeichnet hat. Diese ganzen Facebook-, Twitter-Überwachungsgeschichten, von Herrn Maas damals durch das Netzdurchsetzungsgesetz eingeführt. Es hat kaum Widerstand gegeben, kaum jemand hat gesehen, wie die Meinungsfreiheit dadurch eingeschränkt wird. Gleichzeitig ist dadurch eine Parajustiz entstanden, die von der Bertelsmann-Tochter Avarto durchgeführt wird, weitgehend, wo man sieht, inwiefern auch politische Interessen hier eine Rolle spielen, bei der Zensur der sozialen Netzwerke. Hassrede ist also das – in den meisten Fällen bei der Zensur von Facebook – was politisch inkorrekt aus einer bestimmten Richtung erscheint. Das ist eindeutig eine Einschränkung der Meinungsfreiheit, die höchst gefährlich ist.

Die **Vorsitzende**: Die Kollegin Özoğuz hat für die SPD das Wort.

Abg. **Aydan Özoğuz** (SPD): Ganz herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Ich will es auch kurz machen, aber vielleicht doch eine Sache noch einmal feststellen zum Thema Länderauswahl, die Herr Lessenthin angesprochen hatte ganz zu Beginn.

Auch beim Bericht zur Religionsfreiheit war uns aufgefallen, dass wir die Länderauswahl durchaus etwas willkürlich fanden, vor allen Dingen aber, dass uns Europa fehlt. Und das möchte ich noch einmal auch an dem Thema Rassismus unterstreichen, zu dem die AfD in meinen Augen sehr stark beiträgt und diese Spaltung in der Gesellschaft auch heute wieder ein Stück weit repräsentiert, und ich möchte sagen, wenn man Behauptungen aufstellt, was die Regierung oder irgendwelche Vertreter gesagt haben sollen, sollte man sie hier auch belegen können. Ansonsten müssten wir einmal darüber sprechen, ob das jetzt die nächsten Wochen so weitergeht, dass immer nur irgendwelche Dinge verlautbart werden. Frau Dr. Duchrow, Sie haben wirklich einen sehr breiten Bericht gegeben und sich vor allen Dingen einem schwierigen Teil gewidmet, nämlich dem Umgang mit schwierigen Staaten, was wir vorhin auch schon hatten in Bezug auf Iran. Ich fand es bemerkenswert, dass Sie hier noch einmal ausgeführt haben, dass teilweise Sanktionen die Menschenrechtslage noch schlimmer machen kann. Auch das ist dann ein Teil der Wahrheit, was nicht heißt, dass man das nicht tun sollte. Nur das war auch die Frage vorhin schon: Wie geht man eigentlich mit diesen Staaten um, so dass wir den größtmöglichen Nutzen in Sachen Menschenrechte erreichen können. Das scheint mir doch schwierig zu sein, also nicht so leicht zu beantworten. Ich würde Ihnen sofort zustimmen, Frau Soltani, auch zu sagen, wir müssen jetzt alles tun. Nur wir merken, wir brauchen mehreres gleichzeitig und auch diesen direkten Draht zu der Regierung. Also das Schlimmste, und das sage ich immer wieder, auch wenn das so schwierig ist, ist, man muss diesen Gesprächskanal haben, weil sonst passiert gar nichts mehr. Also deswegen wollte ich Frau Dr. Duchrow noch einmal danach fragen, wie Sie das so einschätzen. Frau Al-Hathloul, vielen Dank, dass Sie wieder hier sind, und dass wir uns wieder sehen können. Nur eine Frage: Glauben Sie, dass es eine Person oder eine Macht gibt, die Einfluss auf MBS, wie Sie ihn nennen, hat – nur um zu wissen, ob es eine Person in Saudi-Arabien gibt, die Ihrer Ansicht nach Veränderungen anstoßen könnte? Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Frau Dr. Duchrow, Sie haben das Wort.



Sve Dr. **Julia Duchrow**: Dankeschön, Frau Özoğuz für das Kompliment zu dem Bericht, da haben auch viele zusammengetragen bei uns. Also erst einmal ist es so: Amnesty International sagt nicht, Sanktionen ja oder nein. So möchte ich das nicht verstanden wissen. Ich würde gern noch einmal ausführen, was wir als wichtige Maßnahmen sehen. Das wollten Sie auch wissen. Welche Interventionsmöglichkeit hat man bei Staaten wie dem Iran, aber auch China und auch Russland, wo wir sehen, dass es sehr schwierig ist, da ranzukommen. Wie geht man mit Staaten um, bei denen man sehr viel versucht hat auf bilateraler Ebene, aber auch auf multilateraler Ebene, um Menschenrechtsverbesserungen zu erreichen? Das ist sehr schwierig. Trotzdem glaube ich, es fehlt manchmal in der Außenpolitik Deutschlands oder der menschenrechtsbasierten Außenpolitik eine wirklich kohärente Gesamtstrategie, die auch versucht, zum Beispiel Partnerländer wie die Allianz für Multilateralismus usw. in eine ganz klare Strategie einzubinden, wie man solche Probleme angeht. Und ein Weg wäre auch, die eigenen Unternehmen in den Blick zu nehmen. Das passt jetzt nicht bei Iran, aber bei Staaten wie China ist es wichtig, dass die Bundesregierung – versucht sie auch – die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten der Unternehmen anspricht, dass sie sich nicht beteiligen an Menschenrechtsverletzungen. Ich glaube, das ist nicht nur ein Weg, der funktioniert. Es ist wichtig, einfach immer wieder kontinuierlich diese Themen in jegliche Dialoge, Verhandlungen, auf EU-Ebene, im Menschenrechtsrat aufs Tablett zu bringen und wirklich auch zu sehen: Wenn ich das eine gemacht habe, was kommt dann als nächstes. Und darauf aufzubauen. So würde ich es vielleicht darstellen.

Die **Vorsitzende**: Frau Al-Hathloul, Sie haben das Wort.

Sve **Lina Al-Hathloul**: Vielen Dank für die Frage, das ist wirklich sehr wichtig. Um vielleicht den Kontext deutlicher zu machen, wie MBS an die Macht gekommen ist. Er führte einen Staatsstreich durch, es wird zwar nicht so benannt, aber es war ein Staatsstreich gegen Mohammed bin Nayef, der eigentlich Kronprinz sein sollte. Er ließ ihn inhaftieren und verfolgte die Berater des

ehemaligen Kronprinzen selbst nach Kanada. Da er nicht an die Berater herankam, ließ er die Kinder eines Beraters verhaften. Er inhaftierte die Kinder, nur weil sie die Kinder von einem Gesuchten sind. Was wir also sehen, ist, dass MBS keine Legitimität besitzt, nicht innerhalb der königlichen Familie, nicht innerhalb des saudischen Königreichs, nicht, weil das Volk ihn will. Das Einzige, das ihm Legitimität verleiht, ist die Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft. Da ihn die internationale Gemeinschaft anerkannt hat, ist sie auch die Einzige, die Macht über ihn hat. Daher betone ich immer wieder, dass Saudi-Arabien nicht mehr das Land ist, das es einmal war. Es war ein strukturiertes, wenn auch kein sehr institutionalisiertes Land. Es gab jedoch ein paar Institutionen und ein starkes Land. Das ist es nicht mehr. Es ist ein Land in den Händen eines einzigen Mannes. Es ist in den Händen eines Mannes, der nur da ist, weil die internationale Gemeinschaft ihn anerkennt. Genau diese internationale Gemeinschaft, die ihm Legitimität verleiht, kann Einfluss auf ihn nehmen. Sie können es ihm jedes Mal sagen. Was gut ist: Nach der Ermordung von Jamal Khashoggi genießt er nirgendwo Anerkennung, aber er drängt zurück in die Öffentlichkeit, und das sollte nicht akzeptiert werden. Wenn Saudi-Arabien Beziehungen zu Deutschland pflegt, sollte nicht MBS der Ansprechpartner sein. Joe Biden hat dies in seinem Anruf sehr deutlich gemacht. Er hat gleich zu Beginn gesagt, er will mit seinem Gegenpart sprechen, welcher der König ist, nicht MBS. Ich denke, das war eine sehr deutliche Botschaft, die besagt, dass er MBS nicht anerkennt, zumindest noch nicht. Aus meiner Sicht hat die internationale Gemeinschaft sehr viel Macht, und es ist wirklich wichtig zu wissen, dass MBS nicht der starke Mann ist, der er in unseren Augen zu sein scheint. Allein eine Erklärung stößt Veränderungen an, und er besitzt keine Legitimität. Er ist in seiner Lage durchaus angreifbar. Es gibt viele Wege, um zu handeln, seine Reisen in den Westen öffentlich anzusprechen, seine Unternehmen, den Mord an Jamal Khashoggi und die Verfolgung und Inhaftierung und Folter von politischen Gefangenen öffentlich anzusprechen. Dass all dies ohne seine Zustimmung nicht möglich wäre, wissen wir. Dass alles seine Zustimmung benötigt,



da es inzwischen ein Polizeistaat ist und nichts ohne seine Zustimmung geschieht. Er steht also im Zentrum und ist die Grundlage jeder in diesem Land gefällten Entscheidung. Die deutliche und öffentliche Ansprache der Tatsache, dass MBS eine entsetzliche Politik betreibt, ist etwas, dass die Grenzen durchaus verschieben könnte. Schweigen ist jetzt in Saudi-Arabien keine Lösung.*

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Peter Heidt für die Fraktion der FDP hat das Wort.

Abg. **Peter Heidt** (FDP): Vielen Dank. Zunächst habe ich Fragen an Lina Al-Hathloul. Ich lebe in Bad Nauheim, einer Kleinstadt im Norden von Frankfurt, und wir haben immer Menschen aus Saudi-Arabien zu Gast gehabt, die hier Urlaub machen, König Saud war hier im Jahr 1959. 2006 war zum Beispiel die Fußballnationalmannschaft in Bad Nauheim, und die Lage von Saudi-Arabien und der Menschenrechte wurde nicht angesprochen. Das wurde schlicht übersehen. Sie erwähnten in Ihrer Stellungnahme prestigeträchtige Sportveranstaltungen. Was denken Sie über diese Sportveranstaltungen? Sollten wir versuchen, Einfluss auf diese Sportveranstaltungen zu nehmen, um für die Menschenrechte einzustehen? Eine weitere Frage: Die Gefahr für Menschenrechtsaktivisten kommt nicht nur vonseiten der Staaten, sondern auch von Unternehmen, manchmal unter Beteiligung des Staates oder zumindest mit dessen Einverständnis. 2019 wurden mindestens 212 Umweltaktivisten getötet. Was kann die deutsche Politik tun, um Menschenrechtsaktivisten vor Angriffen durch Unternehmen zu schützen? Und sind Sie der Ansicht, dass die Umsetzung eines Lieferkettengesetzes zur Verbesserung der Lage von Menschenrechtsaktivisten beitragen könnte? Welche Maßnahmen wären hier möglicherweise erforderlich? Dann hätte ich noch eine Frage an Frau Dr. Duchrow. Sie geht so ein bisschen in die Richtung. Internationale Sportveranstaltungen finden häufig auch in diesen Unrechtsregimen statt. Ganz aktuell vielleicht Stichwort Katar, die Fußball-WM oder Olympische Spiele in China. Wie ist da Ihre Haltung zu diesen Veranstaltungen? Wie weit können wir dort Einfluss nehmen? Sollten wir Einfluss nehmen als

Politik, als Bundesrepublik Deutschland? Mein Eindruck oder der Eindruck der Freien Demokraten ist: Es nützt erst einmal diesen Regimen und weniger den Menschen und den Menschenrechten in diesen Regimen. Das ist ein sehr schwieriges Thema. Deshalb würde mich Ihre Haltung interessieren. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Frau Al-Hathloul, Sie haben das Wort und danach Frau Duchrow.

Sve **Lina Al-Hathloul**: Danke. Sport ist aktuell wirklich ein wichtiges Thema in Saudi-Arabien. Wir stellen fest, dass MBS hohe Investitionen in den Sport tätigt. Zuletzt versuchte er, einen Club zu erwerben. Ich spreche nicht, wie Sie sagten, über die Nationalmannschaft, denn ich denke, das ist ein anderes Problem. Aber ich spreche davon, wie Saudi-Arabien inzwischen in Sport investiert und Veranstaltungen einkauft, um über die tatsächliche Lage hinwegzutäuschen, „Sportswashing“, das passiert gerade innerhalb des Landes. Da gab es bereits viele Events, darunter die Rallye Dakar und ein Golfturnier für Frauen. Wir waren sehr aktiv und haben versucht, die Menschen zu erreichen und ihnen zu sagen, Sie sind nicht direkt beteiligt und Sie wollen nicht politisch sein, aber die reine Tatsache, dass Sie in ein Land gehen, das diese Fassade der Offenheit und Reformen durch Sport und Konzerte aufrechterhält, macht Sie zu einem Teil dieser Schönfärberei. Daher ist es aus meiner Sicht sehr wichtig zu wissen, dass, nur weil Veranstaltungen stattfinden, dies nicht bedeutet, dass sich etwas an der Grundsituation ändert. Es ist eine Art von Bühne, die sie gegenüber der Öffentlichkeit zeigen, und das ist das Einzige, das die Öffentlichkeit zu sehen bekommt. Alles hinter diesen Mauern bleibt im Verborgenen. In Bezug auf Ihre zweite Frage zur Geschäftswelt: In Saudi-Arabien kennen Sie sicherlich das Kafala-System, das im Wesentlichen bedeutet, dass alle Ausländer, die in Saudi-Arabien arbeiten, der Überwachung und den Bedingungen eines saudischen Mannes unterstellt werden müssen, und das ist praktisch moderne Sklaverei. Auch hier gibt es diese Fassade, die MBS aufrechterhält, indem er sagt, dass das Kafala-System abgeschafft wurde, was keinesfalls der Wahrheit entspricht. Wenn man sich die Reformen durchliest, stellt



man fest, dass sich nichts geändert hat. Im Grunde genommen heißt es, dass ausländische Arbeitnehmer die Erlaubnis ihrer Arbeitgeber brauchten, um das Land verlassen oder zu einem anderen Unternehmen gehen zu dürfen. Nur der Wortlaut wurde verändert. Nun benötigen sie die Erlaubnis, um in ein anderes Unternehmen zu gehen. Also im Grunde genommen existiert das System noch, das Kafala-System gilt immer noch. Das Wichtigste ist, dass wir als Ausländer nicht mit Ihnen zusammenarbeiten werden, solange wir keine absolute Freiheit in unserer Geschäftstätigkeit in Saudi-Arabien genießen können. Es tut mir leid, das so sagen zu müssen, aber Deutsche werden niemals schlecht behandelt, da sie Deutsche sind, und da zu viele Interessen mit Deutschen verknüpft sind. Aber andere Nationalitäten werden misshandelt, da deren Regierungen sie nicht retten können. Aber das Problem ist nicht, dass Sie Deutsche sind. Es geht um das eigentliche System, das in Saudi-Arabien gilt, das Hunderte und Tausende von Opfern hervorbringt. Da Sie als Deutsche mehr Macht besitzen, da Saudi-Arabien Ihnen zuhört, ist es meiner Ansicht nach wichtig, die Abschaffung dieses Kafala-Systems als Voraussetzung festzulegen, bevor Sie eine Geschäftsbeziehung eingehen.*

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Dr. Duchrow.

Sve Dr. **Julia Duchrow**: Ich würde vielem zustimmen, was Frau Al-Hathloul gesagt hat. Die Sportveranstaltungen dienen natürlich den Staaten, um zu zeigen, wie sie sich positiv entwickeln, wie sie sich öffnen usw. Sie sind Public Relations für diese Länder. Bei Katar ist ganz klar, Katar hat versucht, etwas zu ändern, und gleichzeitig sind aber die Menschenrechtsverletzungen immer noch da, gerade bei den Personen, die, wie Migranten und Migrantinnen, die Stadien mit aufbauen usw. Auch da kann ich nicht als Amnesty sagen, Boykott oder nicht. Aber ich glaube, wenn man solche Sportveranstaltungen macht, gibt es eine wahnsinnig hohe Verantwortung, genau hinzugucken, nicht mitzumachen bei dem Abdecken von weiteren Menschenrechtsverletzungen, sondern diese benennen und auch wirklich in die engen

Verhandlungen der deutschen Sportverbände mit den Vertretern vor Ort aufzunehmen und sehr, sehr klar zu sein an der Stelle. Ich glaube einfach, Sport ist natürlich auch ein Weg – das hat man gesehen an den Fußballern, die sich gezeigt haben mit dem Thema Menschenrechte usw. Da war zwar anscheinend auch Show dabei, und trotzdem ist es natürlich möglich, über den Sport Menschenrechtsverletzungen zu benennen und auch antirassistisch aufzutreten. Das haben wir bei Black Lives Matter erlebt. Insofern ist Sport wirklich ein ganz wichtiges Instrument, um für mehr Menschenrechte zu werben. Und ich glaube, wenn man in diesen Staaten solche Veranstaltungen macht, hat man eine noch größere Verantwortung, auch dieses Instrument zu nutzen.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann hat jetzt der Kollege Michel Brandt für die Linken das Wort.

Abg. **Michel Brandt** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank an die Sachverständigen für die Beiträge und auch die Diskussion bis hierher. Meine erste Frage geht an Herrn Pieper und betrifft das ganze Thema Rassismus und soziale Gerechtigkeit. Der VN-Menschenrechtsrat fordert gegenüber der deutschen Bundesregierung unter anderem, stärker gegen strukturellen Rassismus vorzugehen. Hier geht es unter anderem um Racial Profiling, islamfeindliche Straftaten, aber auch um soziale Situationen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland, auch von Migrantinnen und Migranten ohne deutschen Pass. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass das höchste Armutsrisiko in Deutschland Arbeitslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Menschen mit niedriger Qualifikation und Menschen mit Migrationshintergrund und ohne deutsche Staatsangehörigkeit haben. Die Armutsquoten, Sie haben es gerade selbst schon benannt, betragen 30, 40, teilweise 60 Prozent unter diesen Gruppen. Seit Jahren beobachten wir bezüglich der genannten Gruppen eine diskriminierende Behördenpraxis, strukturellen Rassismus, Leistungsausschlüsse von Sozialrecht usw., was zu immer weiterer Ausbeutung, aber auch Prekarisierung von Migrantinnen und



Migranten führt. Vielleicht können Sie das Ganze zum einen etwas genauer beschreiben und zum anderen uns auch noch einmal mit auf den Weg geben, was aus Ihrer Sicht sinnvoll wäre, um genau gegen diese verschiedenen Rassismen und diese strukturellen Benachteiligungen vorgehen zu können. Meine andere Frage, bzw. es ist vielleicht fast eher eine Anmerkung, geht an Frau Duchrow. Sie haben gesagt, dass es natürlich, ich sage einmal leger, „freier Fahrt“ für die Seenotrettungs-NGOs auf dem Mittelmeer bedarf. Ich würde aber noch eine Stufe weiter gehen und sagen: Eigentlich müsste es doch wirklich so sein, dass diese NGOs nicht mehr nötig sind und die EU endlich ihrer Verantwortung auf dem Mittelmeer nachkommt, selbst Schiffe zu schicken und eine staatlich organisierte Seenotrettung einzusetzen. Das heißt, es bedarf nicht nur der Entkriminalisierung, sondern vor allem auch endlich des Umsetzens des See- und Völkerrechts, auch der Genfer Flüchtlingskonvention auf dem Mittelmeer und ich würde mir wünschen, dass Sie vielleicht dazu auch noch einmal ein, zwei Sätze sagen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Dr. Pieper, Sie haben das Wort.

SV Dr. **Jonas Pieper**: Vielen Dank. Zur Frage der sozialen Situation von Menschen mit Migrationserfahrungen, Migrationshintergründen: Zuallererst müssen wir feststellen, dass die Armutsquote von Menschen mit Migrationserfahrungen einfach sehr hoch ist. Wenn wir auf Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gucken, dann lag die 2019 bei 35 Prozent, mit deutscher Staatsangehörigkeit bei 13 Prozent. Wenn wir auf den Migrationshintergrund gucken, dann haben wir immer noch eine Armutsquote von 28 Prozent, ohne Migrationshintergrund bei 12 Prozent, und das gilt übrigens auch, wenn es vergleichbare Erwerbsbeteiligung oder Haushaltszusammensetzung oder gesundheitliche Voraussetzungen gibt. Das ist in weiteren Studien auch so belegt. Und hinzukommen dann, und das haben Sie, Herr Brandt, auch schon ein bisschen angesprochen, weitere Bereiche, in denen die Ungleichheit durch diskriminierende Strukturen reproduziert wird und sich auch noch

verschlimmert. Ich möchte als erstes den Bereich Bildung ansprechen. Wir wissen, dass ungefähr doppelt so viele Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit die Schule ohne Abschluss verlassen als deutsche Jugendliche und dass Schüler und Schülerinnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Durchschnitt niedrigere Abschlüsse erlangen. Ein zweiter Bereich, auf den ich gerne hinweisen möchte, ist der Bereich der Einbürgerung, weil es für die politische Teilhabe ganz entscheidend ist. Wir haben in Deutschland eine sehr restriktive Einbürgerungspolitik, die dazu führt, dass Menschen, die dauerhaft viele Jahre schon in Deutschland leben, von politischer Teilhabe ausgeschlossen sind. 2019 wurden knapp 130.000 Menschen eingebürgert, das entspricht zweieinhalb Prozent des Einbürgerungspotentials, das bestünde. Und die Gründe dafür sind, wie ich schon gesagt habe, restriktives Einbürgerungsrecht, unzureichende Beratung und Information, lange Bearbeitungszeiten, hohe Gebühren. Da wäre aus paritätischer Sicht die Forderungen: die Hinnahme von Mehrstaatlichkeit, die Absenkung der Anforderungen an Deutschkenntnisse, die Ausweitung der Regelung zur Einbürgerung bei Geburt, um jetzt ein paar Punkte zu nennen. Und dann gibt es, wie auch angesprochen, und da würde ich auch gerne noch einmal darauf hinweisen, weil das zu den diskriminierenden Strukturen zählt, die Leistungsausschlüsse für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. 2019 sind knapp 600.000 EU-Bürgerinnen und EU-Bürger nach Deutschland zugewandert. Das sind etwa 40 Prozent aller Zuzüge nach Deutschland. Diese Menschen verfügen über ein Aufenthaltsrecht für die Zeit der Arbeitssuche, sind aber in dieser Zeit von den existenzsichernden Leistungen ausgeschlossen. Das bedeutet, das erhöht oder erschwert die Förderung von Teilhabe am Arbeitsmarkt, den Zugang zu Sprachförderung, das kann zu Wohnungslosigkeit führen, zu fehlendem Krankenversicherungsschutz und, das haben wir vorhin schon gehört, als es um das Beispiel Fleischindustrie ging zum Beispiel, es steigert die Anfälligkeit für prekäre, ausbeuterische oder sogar illegale Arbeitsweisen. Hier wäre eine politische Maßnahme, die der Paritätische fordert, eine existenzsichernde Leistung nach dem SGB II auch für die Zeit der Arbeitssuche zu gewähren. Vielen Dank.



Die **Vorsitzende**: Frau Dr. Duchrow.

SVe Dr. **Julia Duchrow**: Herr Brandt, Sie haben völlig Recht: Staatliche Seenotrettung fordert Amnesty natürlich ganz klar. Es ist eine staatliche Aufgabe, die Menschen, die in Seenot geraten sind, zu schützen und in einen sicheren Hafen, das heißt also, nicht nach Libyen zu bringen. Wir haben das immer mantraartig gefordert, tun wir auch weiterhin. Nur steter Tropfen höhlt an der Stelle den Stein. Ich hoffe, dass wir da bald wieder hinkommen. Wichtig ist für uns aber das Thema Entkriminalisierung. Wir haben erlebt, wir haben die Juventa-Crew, die haben sie auch sehr unterstützt, die zehn, gegen die so viele Jahre ein Ermittlungsverfahren gelaufen ist. Da sind vier Menschen angeklagt worden. Gleichzeitig sind große NGOs wie Ärzte ohne Grenzen und Save the Children mit angeklagt worden. Wahrscheinlich wird das Hauptverfahren im Herbst eröffnet. Es ist sehr, sehr problematisch. Auch der Migrationspakt hat versucht, Verbesserungen zu schaffen. Die sind überhaupt nicht ausreichend. Wir glauben, es braucht eine ganz klare Haltung der Bundesregierung, dass sie deutlich macht, sie setzt sich für die Mitglieder zum Beispiel der Juventa ein, sie setzt sich gegen Ermittlungsverfahren gegen private Seenotrettung ein und versucht auch, sich gegen die Schikanen, die es gibt bei der Überprüfung und Zulassung der Schiffe, die auslaufen sollen, zu wehren. Natürlich ist für uns ein ganz, ganz wichtiger Bereich auch die Kooperation mit Libyen an der Stelle, die, wie man gerade in den letzten Tagen gesehen hat, zentral ist bei den Menschenrechtsverletzungen im Mittelmeer, weil die libysche Küstenwache immer wieder Boote abfängt und auch Boote in Seenot zurücknimmt und sich dann schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in den Haftanstalten in Libyen vollzieht. Also klar: Staatliche Seenotrettung braucht es unbedingt.

Die **Vorsitzende**: Dankeschön. Die Kollegin Bause für die Grünen.

Abg. **Margarete Bause** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch einmal zwei Fragen an Sie, Frau Duchrow. Sie haben zu Beginn Ihres

Statements schon auf die Struktur des Menschenrechtsberichts hingewiesen, es auch gelobt, dass sich da auch eine übersichtlichere klarere Struktur im jetzigen Bericht findet. Aber ich wollte Sie noch einmal fragen, was Sie an Anregungen hätten für einen nächsten Menschenrechtsbericht, auch in Bezug auf den jetzigen. Sie hatten auch ein paar Kritikpunkte erwähnt. Könnte so ein Menschenrechtsbericht vielleicht auch eine Art Frühwarnsystem sein, gerade für Länder oder für Konstellationen, die wir jetzt schon erkennen können und wo wir frühzeitig handeln müssten, um nicht erst dann, wenn schlimmste Menschenrechtsverbrechen stattfinden, dann vielleicht auch gar nicht mehr handeln zu können? Die zweite Frage: Sie hatten vorhin kurz die Allianz für Multilateralismus erwähnt und dass die mehr mit einbezogen werden müsste in bestimmten Kontexten. Vielleicht insgesamt einmal: Wie bewerten Sie diese Allianz aus menschenrechtlicher Sicht und was müsste passieren, damit sie auch ein Instrument sein könnte für einen verbesserten internationalen Menschenrechtsschutz? Dann habe ich noch eine Frage an Frau Soltani. Ich weiß gar nicht, ob wir das Thema in Bezug auf Iran noch nicht hatten. In Bezug auf Saudi-Arabien wurden die Sanktionen erwähnt, aber es sind auch im letzten Monat EU-Sanktionen gegen iranische Funktionäre erlassen worden. Da würde mich Ihre Bewertung interessieren. Hat das irgendeine Reaktion im Land? Nutzt es was? Sollte man da dran bleiben? Aus Ihrer Perspektive die Bewertung dieses Instruments. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Frau Dr. Duchrow, Sie haben das Wort.

SVe Dr. **Julia Duchrow**: Der 14. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung ist besser strukturiert. Er hat viele Vorschläge, die wir auch gemacht haben, aufgenommen – das hat mich sehr gefreut. Der Aktionsplan ist auch überarbeitet und mit Überschriften versehen. Dadurch wird klarer, worum es eigentlich geht. Was wirklich fehlt, und ich werde jetzt noch einmal ein paar negative Punkte aufzählen, bei denen ich mir wünsche, dass sie in einen neuen Bericht aufgenommen werden, erstens: die EU-Mitgliedstaaten sind völlig weggelassen, auch



beim ganzen Thema Rechtsstaatlichkeit. Wir wissen von Polen und Ungarn, wie es da um die Rechtsstaatlichkeit gestellt ist. Ich finde, das geht nicht, dass die EU-Mitgliedstaaten nicht aufgenommen sind, und auch bei thematischen Schwerpunkten, wo Rechtsverletzungen passieren, nicht benannt werden. Dann ist es so, dass der Bericht teilweise eine unterschiedliche Dichte und Aussagekraft hat. Er ist teilweise sehr deskriptiv belassen. Das zeigt, dass er durch die Säulen der Ressorts geschrieben wurde. Es müssten einfach noch einmal klarere Kriterien bei der Erstellung da sein und er müsste aus einem Guss sein. Und wichtig wäre, um es nicht so deskriptiv zu lassen, dass es eine Art Benennung gibt: Was sind die Herausforderungen, was haben wir versucht, was hat funktioniert, was hat nicht funktioniert? Damit man weiß, wo wir eigentlich stehen. Und ich finde, diese Art von kritischer Reflexion kann auch die Bundesregierung vornehmen, ohne sich damit zu schaden. Ich finde, das braucht es. Ich finde, bei den Ländern ist ganz klar: Die Auswahl muss transparenter sein. Da steht zwar drin, dass sie den Item 4 vor dem Menschenrechtsrat angesprochen haben plus andere regionalspezifische Fragen, aber das ist intransparent. Ganz deutlich ist für uns gewesen – bei welchen Ländern es der Fall ist, habe ich benannt –, dass verheerende Menschenrechtssituationen da sind und da wird überhaupt nicht drüber gesprochen. Insofern finde ich schon, ohne jetzt die Liste der Länder massiv wieder zu erweitern: Es bräuchte eine transparente klare Form, wie man vielleicht Indikatoren benennt, bei denen sich die Menschenrechtssituation im letzten Jahr oder in den letzten zwei Jahren verschlechtert hat, um diese Bewertung der Länder als Frühwarnsystem vielleicht auch zu benutzen, weil sich die Menschenrechtssituation verschlechtert. Noch einmal ein Beispiel dazu ist das Thema Ägypten. Auch da gibt es viele politische Interventionen – nicht genug aus Sicht von Amnesty International – aber es müsste dastehen: Wir haben es versucht, es hat nicht funktioniert und wir werden es an anderer Stelle wieder weiter probieren. Beim Thema Allianz für Multilateralismus ist es so: Am Anfang waren wir alle ein bisschen vorsichtig. Wir fanden sie ein bisschen inhaltsleer am Anfang. Sie wurde dann sehr viel menschenrechtlicher geprägt, auch durch die Präsidentschaft der Bundesregierung im

Sicherheitsrat. Trotzdem fällt auf, dass beim Thema, wie wir gegen den Pushback im Menschenrechtsrat zum Beispiel durch China oder Russland konzertiert vorgehen, wie wir uns da verbinden, um dagegen zu halten, gerade wenn sich Narrative im Menschenrechtsdiskurs verändern und die völkerrechtlichen Grundlagen zum Beispiel von Unteilbarkeit nicht mehr richtig benannt werden? Wie gehen wir da zusammen vor? Und insofern fehlt es meiner Ansicht nach an einer Gesamtstrategie, die diese Allianz mit einbezieht. Man hat den Eindruck, es werden immer nur so Teilbereiche, Teilländer bearbeitet, ohne dass man sich um eine stärkere, deutliche Verbindung bemüht. Aus meiner Sicht wäre das notwendig, damit sie noch effektiver ist.

Die Vorsitzende: Frau Soltani, Sie haben das Wort.

Sve Neda Soltani: Dankeschön. Bezüglich der Sanktionen kann man erst einmal sagen: Das, was die letzte amerikanische Administration bezüglich Sanktionen und Embargos gegen Iran gemacht hat, hatte eine große destruktive Konsequenz und Auswirkung für die iranische Wirtschaft und die iranische Politik, was das Ziel war, aber auch auf die Lebenssituation und Lebensqualität der Menschen im Iran. Von daher kann ich mich anschließen, dass die Sanktionen nicht als eine übergreifende Maßnahme benutzt werden dürfen. Aber wir sehen zum Beispiel: Es war immer die Rede davon, dass die humanitäre Hilfe oder Medikamente von diesem Embargo und Sanktionen ausgeschlossen sind. Aber im Endeffekt sehen wir, dass es wirklich schwierig war zum Beispiel für Patienten mit Krebs oder anderen schweren Erkrankungen im Iran, die nötigen Medikamente zu bekommen. Aber was die gezielten Sanktionen angeht: Wenn wir über einen Staat wie Iran reden, wo man wirklich ganz geringe Möglichkeiten hat, die Politik zu beeinflussen – diese gezielten Sanktionen können sehr hilfreich sein in dem Sinne, dass zum Beispiel Personen von diesen Sanktionen betroffen sind, die wirklich die Politik oder die Situation im Iran manipulieren können, wie zum Beispiel die Revolutionsgarden. Wir wissen, dass sie eine große Kontrolle über die ganze Situation im Iran haben. Sie kontrollieren zum Beispiel den



Großteil der Wirtschaft. Wie man mit Sanktionen umgeht, um die Situation für die Menschen im Iran nicht noch schlechter zu machen, andererseits aber diese Sanktionen zu benutzen, um Iran an die Regeln so weit wie möglich zu binden... Ich gehe davon aus, dass diese gezielten Sanktionen die Situation viel besser ändern können als übergreifende Sanktionen, wie die letzte amerikanische Administration sie verhängt hat. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Herzlichen Dank Frau Soltani. Ich habe es gerade schon einmal in die Webex-Konferenz geschrieben, an alle Kollegen, die zugeschaltet sind: Mein Vorschlag wäre, keine dritte, deutlich verkürzte Runde zu starten, weil wir nur noch eine viertel Stunde maximal hätten, da danach Plenum ist. Ich frage noch einmal, ob das in Ordnung ist, ob das so auf Ihre Zustimmung trifft. Ich sehe vor allem Nicken. Dann bedanke ich mich an dieser Stelle in erster Linie bei unseren Sachverständigen sowohl in der

Webex-Konferenz als auch hier bei uns im Ausschusssaal. Vielen Dank, dass Sie uns heute anlässlich des 14. Berichts der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik zu so vielfältigen Themen Rede und Antwort gestanden haben. Vielen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier mit dieser Anhörung gezeigt haben, wie vielseitig das Thema ist, das wir jede Woche, jede Sitzungswoche im Ausschuss auf der Tagesordnung haben. Herzliche Grüße an alle, die uns zugeschaltet waren. Vielen Dank an die Technik und das Ausschussesekretariat für die Ermöglichung und die Organisation heute. Bleiben Sie alle gesund und kommen Sie gut nach Hause.

** Die Wortbeiträge wurden vom Sprachendienst des Deutschen Bundestages aus dem Englischen übersetzt.*



Schluss der Sitzung: 16:45 Uhr

Gyde Jensen, MdB
Vorsitzende